tria

Winter 87 Nr. 29

3.–

Auf und Nieder, immer wieder

Endlich haben wir haben es geschafft! Kurz vor Weihnachten, gerade noch rechtzeitig zum Verschenken, kommt unsere (etwas voreilige) Jubiläumsausgabe raus - 20 mal FREIRAUM!

Die Ereignisse von Frankfurt haben hier bei uns (wie wohl überall) zu sehr kontroversen Diskussionen geführt - Widersprüche in der Szene (und in der Redaktion) sind klarer geworden. Deshalb in dieser Nummer zwei Münchner Erzeugnisse, die wohl auch einen Teil der Diskussionen in anderen Städten wiederspiegeln.

Außerdem möchten wir nochmal betonen, daß die abgedruckten Artikel im allgemeinen nicht der Meinung der gesamten Redaktion entsprechen - dies gilt z.B. für die Artikel "Für die soziale Revolution" und "Patriarchat, Volksfront und Autonome".

Leider fehlen auch Beiträge zu drei wichtigen Bereichen, nämlich Hafenstraße, Stuttgart-Demo am 18.10. und die Freilassung von Andrea - und zwar einfach deshalb, weil uns dazu bisher noch nichts erreicht hat. Trotzdem wollten wir mit dem Erscheinen nicht länger warten, da eben einige Artikel ziemlich aktuell sind, und wir nicht erst im Januar rauskommen wollen.

Für München ist noch zu sagen, daß es hier leider an Wiederverkäufern mangelt; einige meinen wohl, wir sollten uns hier selbst drum kümmern. Aus verständlichen Gründen sehen wir uns dazu jedoch nicht in der Lage - also überlegt euch doch mal, ob ihr nicht doch die Möglichkeit habt, in eurem Bekanntenkreis einige Exemplare zu vertreiben, wir warten drauf.

Und nun wieder einmal die übliche Ermahnung an unsere säumigen Wiederverkäufer: Wenn ihr es für zu gefährlich haltet, die Zeitung weiterhin zu vertreiben, dann schreibt uns das doch gefälligst! Wir können schließlich auch kein Geld zum Fenster rausschmeißen. Da wir jedoch glauben, daß einige von Euch die Kohle einfach einstekken und alle Appelle nichts genutzt haben, haben wir uns entschlossen, die beiden Oberschweine zum Abschuß freizugeben. In jeder weiteren Ausgabe folgen dann die, die uns am Meisten schulden - da sie es nicht für nötig halten, mit uns Solidarität zu üben, sehen wir keinen Grund, mit ihnen weiterhin solidarisch zu verfahren.

Hier die genauen Adressen und der Schuldenstand:

H. Kohl, Lerchenstr. 19, 6000 Frankfurt 1: 345,- DM
J. Vogel, Klarstr. 217, 7000 Stuttgart 21: 407,- DM

Weiterhin werden wir die Auflage dieser Nummer drastisch senken und eine Reihe von unzuverlässigen Wiederverkäufern nicht mehr beliefern. Das heißt, in einigen Städten wird der FREIRAUM nicht mehr erhältlich sein, leider.

In der Hoffnung, daß diese Maßnahmen bei einigen von euch zum Nachdenken anregen,

Freiheit und Glück

P.S.: Obwohl das ursprünglich geplante Freiraum-Fest wegen verschiedener Bullenmaßnahmen nicht stattfinden konnte, gelang doch so eine Art Ersatzveranstaltung -näheres erfahrt ihr in einigen Artikeln.

FREIRAUM
ANARCHISTISCHE ZEITUNG
Winter 87, Nr. 20

Herausgeber und V.i.S.d.P.:
Heinz Brunner
Sattlerstr. 24
8400 Regensburg

Sämtliche Artikel geben nur in Ausnahmefällen die Meinung des Herausgebers wieder.

Eigendruck im Selbstverlag

Anschrift:
Postlagerkarte Nr. 073396 A. 8000 München 34

Gefangene und Insassen von Anstalten, sowie weitere mögliche Bedürftige erhalten Freiabos.

Von verschiedenen alten Exemplaren können zum Schleuderpreis von 1,- DM folgende Ausgaben angefordert werden:

5,6,7,8,10,13,15,16,18,19

Von folgenden Exemplaren exestieren nur noch wenige Exemplare bzw. nur Fotokopien, sie kosten deshalb 3,- DM:

0,1,2,3,4,9,11,12,17

Lieferung nur gegen Vorkasse!

Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist diese Zeitung solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen oder Insassen persönlich ausgehändigt wurde. "Zur-Habe-Nahme" ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitung nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Bezugsbedingungen:

Abonnement:

6 Nummern kosten 20,- DM

nur gegen Vorkasse!!!!!!

Wiederverkäufer:
2,30 pro Stück

auf Rechnung, mit Rückgaberecht, die Rechnung ist innerhalb 2 Monaten zu bezahlen, sonst erfolgt Löschung aus der Kartei und bei schweren Fällen direkte Aktion.

Erfahrungen aus der Diaspora

Missionare und ihre Opfer berichten

Eher weniger als mehr sind sie gelaufen, die Herbstaktionen in der Oberpfalz vor denen wir immer gewarnt haben, und auch größtenteils so wie wir's befürchtet haben. Nämlich Scheiße!
Die Aktionstage traten gegenüber der Großdemo völlig in den Hintergrund und gingen von der Sache her nicht über ein Gejammere über böse strahlende Isotope aus denen noch bösere Bomben gemacht werden, hinaus. Der einzige schlecht vorbereitet, zaghafte Versuch zu einer Blockadeaktion wurde von äußerst gut vorbereiteten Staatstruppen übel eingemacht.

"... der Ablauf der Bauzaundemo liegt ... weitestgehend in den Händen der Bullen, d.h. die "Massen" bzw. "Oberpfälzer" werden zum wiederholten Male als Kulisse für Geplänkel mit der Polizei funktionalisiert bzw. der Repression ausgesetzt, um die Bosheit der bayrischen Staatsregierung zu beweisen und dem Strauß eins auszuwischen." (Zitat: Papier der Widerstandstreffen vom Mai 87). Nur, daß das Geplänkel ausnahmslos nur von den Bullen geplänkelt wurde und eine große Zahl von Verletzten und Schwerverletzten forderte. Der Zynismus, mit dem die Demoveranstalter sowas dann als Erfolg feiern, ist bezeichnend für die politische Herangehensweise dieser Leute, sprich der Funktionäre von Vereinen wie KB, FI's, DKP ect.

Fakt ist: Sie sind in der Lage, ein paar zehntausend Leute hier oder dorthin zu mobilisieren. Das heißt für uns: Wir haben uns das nächste Mal, wenn wieder Bündnis oder gemeinsame Aktion ansteht, genau und rechtzeitig zu überlegen, was wir von und mit diesen Zehntausenden wollen. Ob die Bauzaundemo - wie wir befürchteten - nach dem Erfolg von Hanau die bundesweite Anti-AKW-Bewegung um Jahre zurückgeworfen hat, bzw. welche Bedeutung - wenn überhaupt eine - dieses Ding hatte, ist noch nicht abzusehen. Vorangebracht hat es jedenfalls nichts.

Das Anliegen dieses Geschreibes ist es, aus einem kurzen Abriß des WAA-Widerstandes in der Region und einer Betrachtung der Situation heute einige Vorstellungen zu entwickeln, wie es mit der revolutionären Politik hier weitergehen könnte. Insbesondere möchten wir den GenossInnen Autonomen in dieser Republik, die in den letzten Jahren maßgeblich dazu beigetragen haben, das politische Entwicklungsland Oberpfalz zu einem Brennpunkt sozialer Kämpfe werden zu lassen, nahelegen, sich doch auch mal wieder ein paar Gedanken hierzu zu machen, gell Hardcores!!

Mit der ersten Platzbesetzung im Sommer 85 zeigte die bundesweite, radikale Anti-AKW-Bewegung auf Anstoß der BIWAK die Möglichkeit des Schrittes vom Protest zur direkten Aktion auf und erregte damit im hintersten Eck Bayerns Aufsehen, weckte bei den Leuten, die durch jahrelange Aufklärungsarbeit der BI's zwar viel über die Gefahren der WAA wußten, aber keine große Erfahrung im Widerstand dagegen hatten, Interesse und Begeisterung. Es war eine aufbauende Erfahrung, daß dreihundert ganz verschiedene Leute kollektiv eine illegale Aktion bestimmt und durchgeführt haben.

Dadurch wurde Mißtrauen gegenüber den Schwarzjacken und Angst vor den Grünjacken abgebaut. Dies war eine wesentliche Voraussetzung dafür, daß die Hüttendörfer im Winter 85/86 - von einem KO-Ausschuß geplant, in dem sich vor allem Autonome gegen gemäßigte BI'ler durchsetzen konnten - mit breiter Zustimmung und viel praktischer Solidarität unterstützt wurden. Die Kids freuten sich über die Aktschn und machten mit. Bürgerliche WAA GegnerInnen freuten sich über die den Rodungsmaschinen hingebaute Hindernisse. Die Hüttendörfer wurden nicht militant verteidigt. Die Gewalt ging eindeutig vom Staat respektive seinen bewaffneten Truppen aus. Und empörte. Beim zweiten Hüttendorf machten viele Ortsansässige den Schritt von der Unterstützung zu Beteiligung an einer "illegalen" Aktion. Das haben die Autonomen, die das Hüttendorf zumeist als nicht weiterbringende Wiederholungsveranstaltung empfanden, nicht begriffen. U.a. deshalb waren sie nicht fähig, diesen Schritt in eine gemeinsame Organisierung und Diskussion mit den Bürgers umzusetzen und überließen die politische Initiative den Revisionisten.

Die Autonomen traten nur noch als Motor der gemeinsamen Radikalisierung von "auswärtigen" und "ortsansässigen" in ihren Aktionsformen am Baugelände auf. Radikalisierung, die ganz emotional der Konfrontation mit den Staatstruppen, dem Haß auf die Bullen entsprang und erstmal nicht mehr bedeutete als Bereitschaft, auch mit ungesetzlichen Mitteln die WAA zu verhindern versuchen. Der Staat wurde nur als Durchsetzer der WAA abgelehnt, weitergehende Auseinandersetzungen fanden nicht statt. Es bildeten sich Strukturen, das Info-Büro, Gruppen, Treffen, die sich aber auf Vorbereitung und Durchführung von Anti-WAA-Aktionen beschränken und keine längerfristige politische Zielsetzung entwickeln. Während einige formelle (BI-Ortsgruppen) und informelle Zusammenschlüsse der BI-Mitglieder sich einfach total entwickeln (nähere Auskünfte sind unter Tel.Nr. 09621/890210 zu erfahren) betreibt der BI-Vorstand weiter seine kleinbürgerliche Funktionärspolitik und ist Spielball verschiedener politischer Gruppierungen. Z.B. Ostern, wo der BI-Vorstand von FI's und SPD funktionalisiert wurde und deren Aufruf, nicht zum Zaun zu gehen, nicht widersprach. Die Leute gingen trotzdem hin. Aber die Menschen, die am Punkt WAA die bayrische Staatsregierung als ihren Feind erfahren, kämpfen deshalb noch lange nicht gegen die alltägliche Unterdrückung durch Arbeitsbedingungen,

patriachale Strukturen oder die im ländlichen Bayern immer noch ziemlich ungebrochene Macht der Kirche. Die Zaunfights sind gewissermaßen auch Ventil für den alltäglichen Frust. Allderweil die rebellischen Kids sich dem teilweise in subkulturelle Nischen entziehen, entwickeln sie keine Gedanken an politische Organisierung. Der weitaus größte Teil der Oberpfälzerinnen wurde zur meist applaudierenden Kulisse des Kriegsschauplatzes Bauzaun degradiert und kehrte dann in die politische Ohnmacht des Alltags zurück. Viele haben Widerstand gar nie anders erlebt und können sich nichts drunter vorstellen, wenn wir vom Imperialismus und Patriarchat, von subversiver Praxis und revolutionärer Organisierung reden. Wir haben uns keine große Mühe gegeben, dieses revolutionäre Begriffsmüsli auseinander zu klauben (können wir das überhaupt?), haben uns selbst auf die Bedeutung des "bewaffneten Arms" einer widersprüchlichen, sich aus Leuten unterschiedlichster gesellschaftlicher Schicht und politischer Vorstellung zusammengewürfelten Bewegung reduziert, sind halt auch nach der geilen Aktschn in den Scenemuff zurückgesumpft.

Die nächste wieder von den Autonomen bestimmte Initiative war die KWU-Demo in Erlangen und das daran anschließende Pfingstcamp, auf dem der gesellschaftliche und politische Kontext der WAA den Eingeborenen eingebohrt werden sollte. Stattdessen kam es - mit durch Tschernobyl bedingt - zum Ausbruch von Massenmilitanz Pfingsten 86, Götzendämmerung, Höhepunkt aber gleichzeitig auch vorläufiger Endpunkt des Reiseziels Oberpfalz.

Am 7.6. wurde das Demonstrationsverbot am Bauzaun durchbrochen, der Preis war eine von den Bullen bestimmte militärische Auseinandersetzung, die bei vielen Resignation, Sinnlosigkeit und Defensive zurückließ. Aufgrund fehlender Organisierung konnte der Repressionswelle nichts entgegengesetzt werden. Statt des Fights - wie gewünscht - wurde der Frust - wie gehabt - in die Städte getragen und die Oberpfalz erstmal vergessen. Demgegenüber entwickelte die Gegenseite systematisch eine Strategie von Einschüchterung und Befriedung: Begann sie mit dem rapiden Aufbau einer Besatzungsmacht, die rücksichtslos durchgriff, massenhafte Prozesse gegen WAA GegnerInnen unter Aufstockung des dortigen Justizapparates, Gesetzeserweiterungen, alltägliche Schikanen, sowie eine bundesweite Hetzkampagne in weiten Teilen der Presse. Die Reaktion vieler erst durch die WAA politisierter Menschen darauf war Zurückhaltung. Auch hier versäumten wir es, Erfahrungen im Umgang mit Repression, z.B. Möglichkeiten kollektiven Verhaltens gegenüber der Justiz, zu vermitteln. In diesem politischen Klima gelang es Grünen (Schily: "Stahlkugelfraktion") und SPD in der Oberpfalz stärker Fuß zu fassen. Bezeichnend: Die Oberpfälzerinnen boykottierten größtenteils die Demo am 4.10. in München, weil sie befürchteten, daß militante Auseinandersetzungen das Stimmvieh in die Schweinekoben der CSU treiben könnten. Die Leute, die sich von solcher Politik nicht einlullen ließen, gingen weiter auf'n Sonntagsspaziergang.

Die "Blockadetage" im Herbst 86 waren dann nach langer Diskussion ein Versuch, über die Bauzaunfixierung hinaus zu kommen, die regionalen und überregionalen Bedingungen für den Bau der WAA in Information, Diskussion und Aktion zu thematisieren. Zwar ist dabei viel schief gelaufen, die Vorbereitung war mangelhaft, die Beteiligung war zu schwach für eine effektive Blockade des Landkreis, es wurde zu euphorisch auf die radikalen Oberpfäler gerechnet, ohne zu bedenken, daß es ein großer Schritt von der Aktion aus der Masse am Bauzaun heraus hin zur Eigeninitiative und zum Widerstand vor der Haustür ist. Für die Bullen war es eine geeignete Gelegenheit, neue Aufstandsbekämpfungskonzepte, die sie nach Pfingsten entwickelt hatten, praktisch auszuprobieren (z.B. Truppenverlagerung per Hubschrauber, flexible Einsatztaktik). Aber es gab auch ein paar vielversprechende Ansätze. So z.B. die Kampagne der Städtepartnerschaft Berlin-Burglengenfeld gegen die Heidelberger Zement AG. Aus der gemeinsamen Diskussion ergaben sich Flugblätter und Aktionen die viele ansprachen. Allerdings zeigte sich hier auch eine Grenze autonomer Aktivitäten in der Region: Auswärtige Gruppen können nur Anstöße geben, Initiativen einleiten, die kontinuierliche Arbeit am Aufbau von Gegenmacht muß von Leuten, die vor Ort leben, getragen werden.

Die Weihnachtsaktion 1986, ziemlich spontan und ohne Diskussion angegangen, wurden gemacht, damit halt mal wieder was passiert. Da zeigte sich wieder, daß ein Demoverbot jederzeit durchbrochen werden kann, aber eben auch, daß sowas als Revival eines Mythos, als mißlungener Wiederbelebungsversuch glänzender alter Zeiten überhaupt nichts bringt.

Die Diskussion über eine Weiterführung der Ansätze der Blockadetage fiel seit der Buko im Januar 87 der Streiterei über die Großdemo zum Opfer. Während wir mit Heizkörperschleppen von Tür zu Tür beschäftigt waren, versuchten die Redaktionen von Atom und Radikal den Großdemovorschlag durchzupowern. Wir - einige bayrische Autonome - waren davon völlig überrascht und brauchten bis zum Mai, um einen eigenen Standpunkt zu entwikkeln, waren uns doch hauptsächlich Aktionstage wichtig. In dieser Zeit gab es von vielen autonomen Gruppen ganz verschiedene, zum Teil rein taktische Papiere und Beschlüsse. Was lange nicht begriffen wurde, war, daß Aktionstagen einerseits und einer Großdemo andererseits zwei grundverschiedene Konzeptionen zugrunde liegen, und sie deshalb auch getrennt zu diskutieren gewesen wären. Der Ansatz der Aktionstage ist ein regionales Infrastrukturkonzept, während eine

bundesweite Großdemo den Stand der gesamten Anti-AKW-Bewegung ausdrücken soll. Es wurde auch übersehen, daß eine gleichzeitig in der Region stattfindende Großdemo Aktionstage, so wie wir sie uns vorstellen, auch nicht annähernd zuläßt. Es ist doppelt schwer mit Leuten aus der Region, deren Erfahrungen von Widerstand sich bisher fast ausschließlich auf das Baugelände bezogen haben, ein Infrastrukturkonzept zu entwickeln, wenn zugleich mit einer Bauzaundemo das Gegenteil praktiziert wird.

Anfang Mai haben wir in einem Papier des Widerstandstreffen, das bundesweit (auch mehrmals an Radi-Aktiv und Atom - ohne dort abgedruckt zu werden) verschickt wurde, unseren Standpunkt zu einer Großdemo dargelegt: "... Auf keinen Fall gibt es in der momentanen Situation am Bauzaun die Chance, eine aktive, durch gemeinsame Diskussion entwickelte und selbstbestimmte Demo wie in Hanau zu organisieren ... Die Anforderungen an eine bundesweite Großdemo können damit nicht erfüllt werden, im Gegenteil: Entweder der Bullerei gelingt es, die Demo im Vorfeld gemäß ihrer neuerdings sehr differenzierten und taktisch psychologischen Strategie (Gewalt - Nein Danke Sticker) gegen die Aktionstage auszuspielen und die Demo so zu einem inszenierten Spektakel a la Bonn verkommen zu lassen - evt. noch mediengerecht garniert mit Auseinandersetzungen am Rande mit den berühmten "Chaoten". Oder der politische Erfolg der Demo macht sich an der Durchsetzung und der damit vollzogenen Durchbrechung des Demoverbotes fest: Das halten wir für eine historische Wiederholung vom 7.7. und 26.12. usw., wo wir bewiesen haben, daß wir das Demoverbot durchbrechen können. Eine Demo am Bauzaun wäre kein Entgegenstellen gegen die Repression, sondern ein sich Einlassen darauf. ... Umgang mit Repression heißt: Die Macht des Gesetzes in den Köpfen der Leute zu brechen. ..."

Schlagzeilen wie "X tausende demonstrieren", "Demo Verbot durchbrochen" bringen überhaupt nichts, wenn dadurch nicht Strukturen entstehen, Diskussionsprozesse in Gang kommen, Organisierung, die reale Gegenmacht bedeuten können. Wie solche Organisierung aussehen könnte, können wir uns ansatzweise vorstellen und nur praktisch herausfinden. Daß aber die Herbstaktionen, wie der Trägerkreis sie plante, damit nichts zu tun haben, sondern höchstens eine Behinderung bedeuten können, war uns klar. Schon die Art und Weise, wie die Beschlüsse für die Herbstaktionen zustande kamen, Funktionärsmauschelei, oder wie der Trägerkreis arbeitete - pseudoparlamentarische Debattiererei und Abstimmereri - das Verteilen von Sitzen - ist konterrevolutionär. Wir versuchten, unsere Vorschläge und Diskussionspapiere in der Oberpfalz zu verbreiten, in die Ortsgruppen der BI's und auch an die nicht organisierten Zaunspaziergänger heran zu tragen. Wir glauben, daß es ein richtiger Ansatz war, der jedoch nicht energisch genug weitergetragen wurde - nicht zuletzt auch deshalb, weil wir keinen Machtkampf innerhalb der Bewegung anzetteln wollten.

Die Info-Karawane war nicht als Gegenveranstaltung zu den Herbstaktionen geplant, sondern unabhängig davon, wurde auch als Mobilisierungskampagne für eventuell stattfindende autonom bestimmte "Blockadetage" betrachtet. Wir hatten uns vorgestellt, mit Veranstaltungen, Theaterstücken usw. sowohl zu den Hintergründen der WAA als auch zu anderen Themen durch die Region zu ziehen. Wir wollten aus den Fehlern der Vergangenheit lernen und nicht mehr nur zum Abreagieren zum Zaun fahren, sondern die Themen einbringen, mit denen wir in den Städten eh beschäftigt sind.

Das sind letztendlich fromme Sprüche geblieben. Es kam keine Resonanz aus den Städten, weil die WAA-Strukturen dort und damit die Städtepartnerschaften zerfallen waren, viele Leute durch die Streitereien über die Demo entnervt waren bzw. gar nicht mehr wußten um was es überhaupt ging, vielen doch die Aktschn als Motivation fehlte und schließlich die Zielsetzung der Info-Karawane viel zu ungenau bestimmt war.

Die Situation vor Ort ist geprägt durch eine Aufteilung in hauptsächlich zwei Fraktionen. Einerseits die nach wie vor dahindünkelnde BI mit den alten verkrusteten Strukturen. Der von den Ortsgruppen abgehobene Vorstand wird weiter von ein paar Obermackern dominiert. So konnte auch eine etwas progressivere Frauenfraktion, trotz zweimaligen Mehrheitsbeschlusses bis jetzt nicht erreichen, daß die BI ihre Daimler Benz Aktien, in die sie u.a. ihre Geldberge investiert hat, zu verkaufen. Die BI Aktivitäten beschränken sich auf Aufklärungsarbeit, Wahlempfehlungen, Klagen gegen die WAA. Viele Ansätze im Vorstand radikalere Politik durchzusetzen, wurden mit dem Heinweis auf die Gemeinnützigkeit der BI und/oder die angebliche Nichtvermittelbarkeit an die eigenen Mitglieder abgeblockt. Andererseit die Sonntagsspaziergänge, bei denen die Aktivitäten zum Großteil von den radikalisierten Leuten in der Region ausgehen, die sich mittlerweile organisieren und über die WAA hinausgehend diskutieren. Die Organisierung vor Ort kann durchaus von "Auswärtigen" mit Veranstaltungen oder Ähnlichem unterstützt werden. Dazu ist es aber notwendig, sowas mit den Leuten hier abzusprechen.

Die geneigte LeserIn vermißt jetzt sicher die eingangs versprochenen revolutionären Perspektiven - da geht's euch wie uns! Wenn wir sie gefunden haben, melden wir uns wieder.

Bis bald!

Heute, 19.11.87 um 13.30 Uhr, wurde das Büro des Landesverbandes der bayerischen SPD am Oberanger besetzt.

Damit wollen wir unserer heftigsten Solidarität mit den Bewohnern der besetzten Häuser in der Hamburger Hafenstraße Ausdruck verleihen und ihren Schritt, das Vertragsangebot des Senats anzunehmen, unterstützen.

Die Häuser stehen im Augenblick völlig ohne materiellen Schutz, ohne Barrikaden oder ähnliches, während sich massiv Polizeitruppen aus der ganzen Republik Richtung Hamburg bewegen. Wir werden dieses Büro erst wieder verlassen, wenn klar steht, daß der Hamburger FDP/SPD Senat den Vertrag unterschrieben hat, und kein militärischer Angriff auf die Häuser gelaufen ist.

Die starke Unterstützung durch ein breites Spektrum gesellschaftlicher Kräfte, die Solidarität einer großen Öffentlichkeit und die Drohung, die Häuser im Notfall militant zu verteidigen, schraubte den politischen Preis einer Räumung so hoch, daß die SPD nun unter öffentlich zur Schau gestellten Bauchschmerzen einen Vertrag unterschreiben muß, der von ihr so formuliert wurde, daß selbst bei den heutigen Mietgesetzen kein verzweifelt Wohnungssuchender ihn annehmen würde.

Mit oder ohne Vertrag, die Hafenstraße bleibt den Herrschenden ein Dorn im Auge, nicht nur weil ein paar Mächtige am Hafenrand gerne eine repräsentative Prunkmeile sehen möchten, sondern weil der Kampf um die Häuser inzwischen zum Symbol geworden ist. Zum Symbol dafür, daß es auch hier im "Modell Deutschland" möglich ist, der Verplanung jedes Restchen Lebens im Interesse des Profits etwas entgegen zu setzen, sich durch praktische Solidarität ein Stück Freiraum jenseits der Macht des Kapitals und seiner politischen, polizeilichen und sozialtechnischen Eliten zu erkämpfen. Freiraum, der aber nicht als Nische im System, als Rückzugsmöglichkeit vorm bösen kapitalistischen Normalzustand genützt wird, sondern als Ausgangspunkt für den Kampf dagegen. In den Räumen der Hafenstraße laufen Konzerte, politische Veranstaltungen, Diskussionen, Versammlungen. Hier besteht die Möglichkeit, daß Leute, die in yerschiedensten Bereichen kämpfen, zusammenkommen, Erfahrungen austauschen, sich organisieren.

Die Gefährlichkeit der Hafenstraße zeigt sich auch daran, daß trotz brennender Barrikaden, vermummter, behelmter Demonstrationen und Stacheldraht auf den Häusern die Hetze gegen die "randalierenden Chaoten" bei vielen Menschen nicht mehr zieht. Im Gegenteil, viele Verständnis und Sympathie dafür zeigen, daß die Hafenstraße bereit ist, einen militärischen Angriff auf ihre selbstbestimmten Lebenszusammenhänge notfalls auch mit Gewalt zu beantworten. Wenn sich die Hafenstraße trotz wiederholter Räumungsandrohung bis heute halten konnte, so liegt das keineswegs daran, daß sich etwa Teile der SPD auf den Ursprung ihrer Partei als einer Partei der Ausgebeuteten und Unterdrückten besonnen hätte.

Schließlich ist gerade die SPD verantwortlich für jahrzehntelange menschenfeindliche Stadtplanungs- und Wohnungspolitik. Z.B. durch ihre maßgebliche Beteiligung an der größten und mächtigsten sogenannten "gemeinnützigen" Wohnungsbaugesellschaft Neue Heimat, oder durch ihre Durchsetzung der Neue Heimat Pläne in staatlichen und städtischen Entscheidungsgremien. Dabei ist es gar nicht nötig, auf die Neue Heimat Skandale und illegale Schiebereien zu verweisen, gerade die ganz legalen Aktivitäten zeigen, daß hier Gemeinnützigkeit soviel heißt wie: Den Verwertungsinteressen des Kapitals optimal dienlich.

In den sechziger und siebziger Jahren projektiert die Neue Heimat unter dem Motto "Wohnverdichtung" - sprich: möglichst billige Unterbringung möglichst vieler Menschen - Betonsilotrabantenstädte wie hier in München z.B. Neuperlach. Jede Lebensäußerung ist bis ins Letzte durchrationalisiert, dem Ziel von effektiver Verwertung und ständiger Kontrolle unterworfen. Wohnen im Betonbunker, der keinen Raum für soziale Kontakte läßt, U-Bahn oder Stadtautobahnverbindung (Mittlerer Ring) zur Arbeit, Einkaufen in der Anonymität des auf Massenkonsum angelegten Einkaufszentrums. Solche Siedlungen sind reine Verwahrstätten des "Menschenmaterials", das die Industrie braucht. Die Gemeinnützigkeit läßt sich nur über relativ erschwingliche Mieten vortäuschen, die über das Modell "Sozialer Wohnungsbau" mit staatlichen Mitteln finanziert werden, nach Wegfall der Sozialwohnungsbindung dafür umso teurer werden.

Allerdings stößt dieses Stadtbaukonzept bald an seine Grenzen. In den Trabantenstädten ebenso wie in den noch nicht sanierten Altbaugebieten mit billigen Wohnungen sammeln sich mehr und mehr Leute aus ärmeren Schichten, Alte, Sozialhilfeempfänger, Arbeitslose, Ausländer, in der Sprache der Herrschenden: "Personenmehrheiten mit sozialen Noxen und Läsionen". Und

Ansammlungen von Unzufriedenen sind für die Herrschenden immer eine Gefahr – könnten die sich doch zusammenschließen, sich wehren, die Ursache ihres Elends nicht mehr im eigenen Versagen sondern in den gesellschaftlichen Verhältnissen suchen!

So setzen sich 1978 Soziologen, Architekten, Politiker, Polizeistrategen und natürlich Experten der Neuen Heimat zusammen, unter Federführung des Bundeskriminalamtes, der obersten Polizeibehörde der Republik, die sich schon lange nicht mehr darauf beschränkt, Gesetzesverstöße zu verfolgen, sondern wesentlich an der Entwicklung präventiver Strategien zur Unterdrückung und Bekämpfung von Unangepaßtheit, Unzufriedenheit, Wider[illegible]nd beteiligt ist. Den Konferenzpapieren läßt sich die wohnungspolitische Strategie entnehmen, mit der die Herren soziale Unruhen von vorneherein gar nicht aufkommen lassen wollen. Neben der Empfehlung baulicher Maßnahmen, die eine perfektere gegenseitige wie auch polizeiliche Kontrolle ermöglichen (übersichtliche Hauseingänge und Treppenhäuser, von allen Seiten einsehbare Grünanlagen, direkte Kameraüberwachung), lautet das Rezept: Bessere Durchmischung aller gesellschaftlichen Schichten zur Verhinderung von Gettobildung und Verstärkung der gegenseitigen Kontrolle der Menschen untereinander.

Für Sozialwohnungen heißt das: Die Wohnungsämter verteilen die Wohnungen ganz gezielt so, daß die als "unangepaßt" Geltenden entweder gar keine Wohnungen kriegen, oder eine, wo sie von den Nachbarn beaufsichtigt werden.

Altbauviertel sollen durch Luxussanierungen für Reiche attraktiv gemacht werden. Ein Konzept, daß gerade in München, der Stadt der sauberen Zukunftstechnologien, wo es genügend Reiche gibt, prima funktioniert. In München wurde die Mietpreisbindung 1979 aufgehoben. Seitdem ist das Grundbedürfnis Wohnen in dieser Stadt ein fast unerschwinglicher Luxus. Der Versuch, auch in München dem was entgegenzusetzen, die Hausbesetzungen 1981 wurden sofort polizeilich zerschlagen. Seitdem wird ein Stadtviertel nach dem anderen getreu dem BKA-Konzept saniert. Momentan besonders deutlich zu beobachten in Haidhausen. Hier ist vor allem die MGS (Münchner Gesellschaft für Stadtsanierung) am Werk, in deren Aufsichtsrat der SPD-Bürgermeister Hahnzog Vorsitzender ist.

Kleine Kneipen und Läden werden entweder über Lizenzentzug oder über Mieterhöhungen nach der Sanierung zugunsten von teuren Schicki-Micki-Läden vertrieben. Diese ebenso wie Renommierprojekte wie die Kulturvollzugsanstalt Gasteig ziehen reiche Leute ins Viertel, erst als Kneipenbesucher, dann als Mieter der luxussanierten Wohnungen. In einem so attraktiv und teuer sanierten Viertel sahnt dann ein Spekulant wie Schörghuber ab, indem er ein Löwenbräucitymonster hinstellt, dessen Mieten sich nur mehr Superreiche und Nobelboutiquen oder große Unternehmen leisten können. Natürlich kriegt er dafür von den städtischen Verwaltungsbehörden eine Baugenehmigung, die nicht einmal ihren eigenen Normen entspricht. Und ebenso natürlich plant er ein paar Sozialwohnungen ein, um so öffentliche Gelder zur Vermehrung seines Besitzes verwenden zu können.

Ein Beispiel für die Rolle der SPD bei der Zerstörung billigen Wohnraums im Auftrag sogenannter gemeinnütziger Wohnungen ist der Abriß der BOBS-Siedlung in Milbertshofen. In den alten Häusern mit erschwinglichen Mieten, Gärten hinterm Haus, wohnten Studenten un ärmere Leute. Es gab vielfältige Soziale Beziehungen, Bewohnerversammlungen, politische und kulturelle Veranstaltungen in der Kneipe der Siedlung. Zuviel unkontrolliertes, selbstbestimmtes, gefährliches Leben in den Augen der SPD-Stadträte, die den Abriß beschlossen, damit die GWG (Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft) ein paar genormte teure Betonblocks hinstellen kann. Das gleiche droht jetzt der Maikäfersiedlung in Berg am Laim.

Die SPD führt auf allen Ebenen Angriffe gegen unsere Formen selbstbestimmten Lebens und Kämpfens! So segnete Oberbürgermeister Kronawitter höchstpersönlich die Bullenüberfälle auf die Veranstaltung zu den politischen Gefangenen im November 86 im Zunfthaus und zur Situation in Palästina im Cafe Normal ab.

Wir rufen alle, denen die Zerstörung ihrer Viertel, die horrenden Mieten, die Verplanung ihrer Bedürfnisse stinken, auf:

Organisiert Euch!

Schafft zwei, drei, viele Hafenstraßen!

Für die Hafenstraße und alle, die mit ihr kämpfen, geht trotz – oder gerade wegen des Vertrages – der einen Knüppel in Paragraphenform darstellt – der Kampf weiter!

HAFENSTRASSE FÜR IMMER!

KEIN ABRISS DER MAIKÄFERSIEDLUNG!

NIEDER MIT LÖWENBRÄUCITY!

SOLIDARITÄT MIT ALLEN KÄMPFENDEN GEFANGENEN!

ES WIRD IMMER MIESER; KRONAWITTER IN DIE ISAR!

Zum Konzert am 29.11

Am 29.11. fand in der Theaterfabrik Unterföhring ein Solikonzert statt, das auch vom Freiraum unterstützt wurde.

Es hat mich anfangs ziemlich erstaunt, wieviele Gruppen bereit waren, kostenlos aufzutreten und am politischen Teil mitzuarbeiten. Schließlich standen Brigitte Ullherr, Ludwig, eine Gruppe aus Graz, Bumerang, Psychopathen, Sixpäx, die Ausgebombten und Lustinger auf der Bühne. Es wurden zwei Diashows gezeigt, mehrere Redebeiträge gehalten, Büchertische aufgebaut, bla, bla. Soweit, so gut.

Was ich allerdings für total daneben halte, sind die Reaktionen eines Teils des Publikums und der Gruppen. Daß das Ganze einen politischen Hintergrund hatte, haben die Meisten wohl vergessen. Nur Punk und Pogo im Hirn. Was bei Brigitte Ullherr begann, wurde immer schlimmer. Alles, was nicht in der Hardcore-Punk-Schiene lag, wurde eh nicht akzeptiert. Kein Wunder, daß die Grazer ihr Programm ziemlich lustlos runtergeleiert haben - bei der Anpisse! Dazu muß aber nochmal betont werden, daß das nicht bei **allen** Leuten der Fall war.

Zu den Redebeiträgen: Der erste Hammer kam, als zwei Leute die Freiraum-Rede halten wollten. Zuerst mußten sie sich mit der Band rumstreiten, bis die mal bereit waren, kurz aufzuhören. Ein Typ von der Band begründete das dann über Mikro damit, daß nun irgendsoeine Scheiß-Rede käme, auf die sie sowieso keinen Bock hätten und daß sie endlich Musik machen wollen. (Warum haben die überhaupt gespielt???) Die zwei Leute von der Zeitung standen dann allein und vermummt hinter der Bühne und versuchten verzweifelt, minimalen Schutz für sich zu organisieren. Nachdem da nix gelaufen ist, haben sie's noch über Mikro versucht - keine Reaktion. Hinterher wurden sie noch angepißt, warum sie sich denn überhaupt vermummt hätten und ihre Rede nicht auf der Bühne gehalten hätten! Leute! Habt ihr's immer noch nicht kapiert, daß es verdammt gefährlich ist, öffentlich für den Freiraum aufzutreten? Ein Minimum an Solidarität hätte ich da schon erwartet! Die Leute, die die Rede gehalten haben, waren nicht von der Redaktion. Sie haben sich aber trotzdem bereiterklärt, die Rede zu halten, weil der Freiraum eben **nicht** nur Sache der Redaktion ist!

Der nächste Redebeitrag kam von zwei Frauen zum Thema Patriarchat und Mackerstrukturen in unserer Szene. Was dazu im Publikum ablief, war echt zum Kotzen! Die Rede konnte kaum verstanden werden, da einige Typen ihren Mann rauskehren mußten und mit ihren Anpissereien alles überbrüllten. Was diese Frauen sich so alles anhören mußten! "Fotzen" und Fuckfinger waren da noch eher harmlos. Im Publikum selbst kam es dann noch zu einer Schlägerei. Natürlich fanden sich kaum Leute, die bereit waren, solche Macho-Schweine rauszuschmeißen.

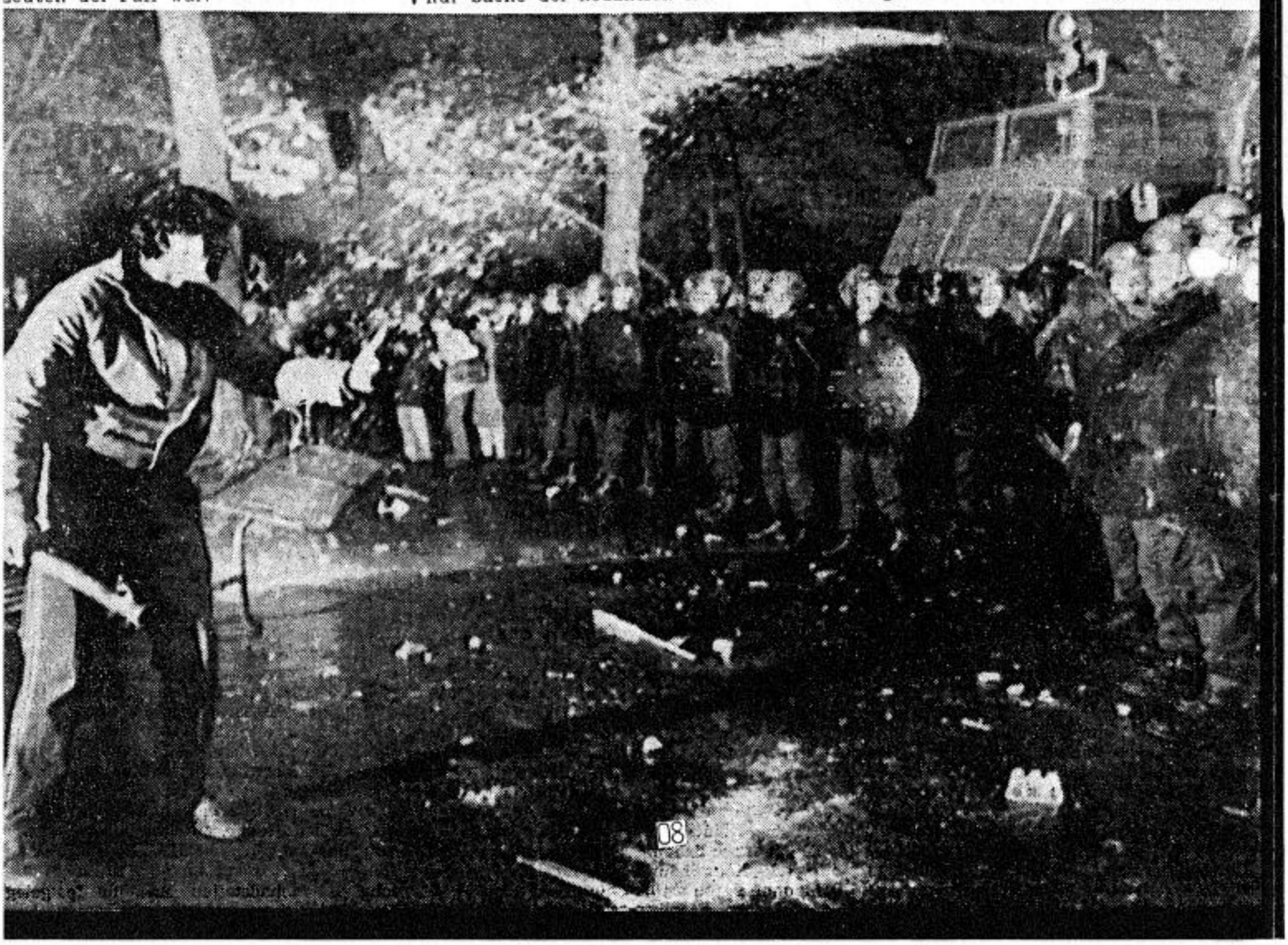
Verständlich, daß der Frankfurt-Beitrag flach fiel, weil niemand Bock hatte, vor **dem** Publikum noch was zu sagen.

Ein Typ hat sich dann doch noch aufgerafft und was über die Besetzung des SPD-Büros aus Solidarität zur Hafenstraße erzählt. Ging aber im allgemeinen Desinteresse unter.

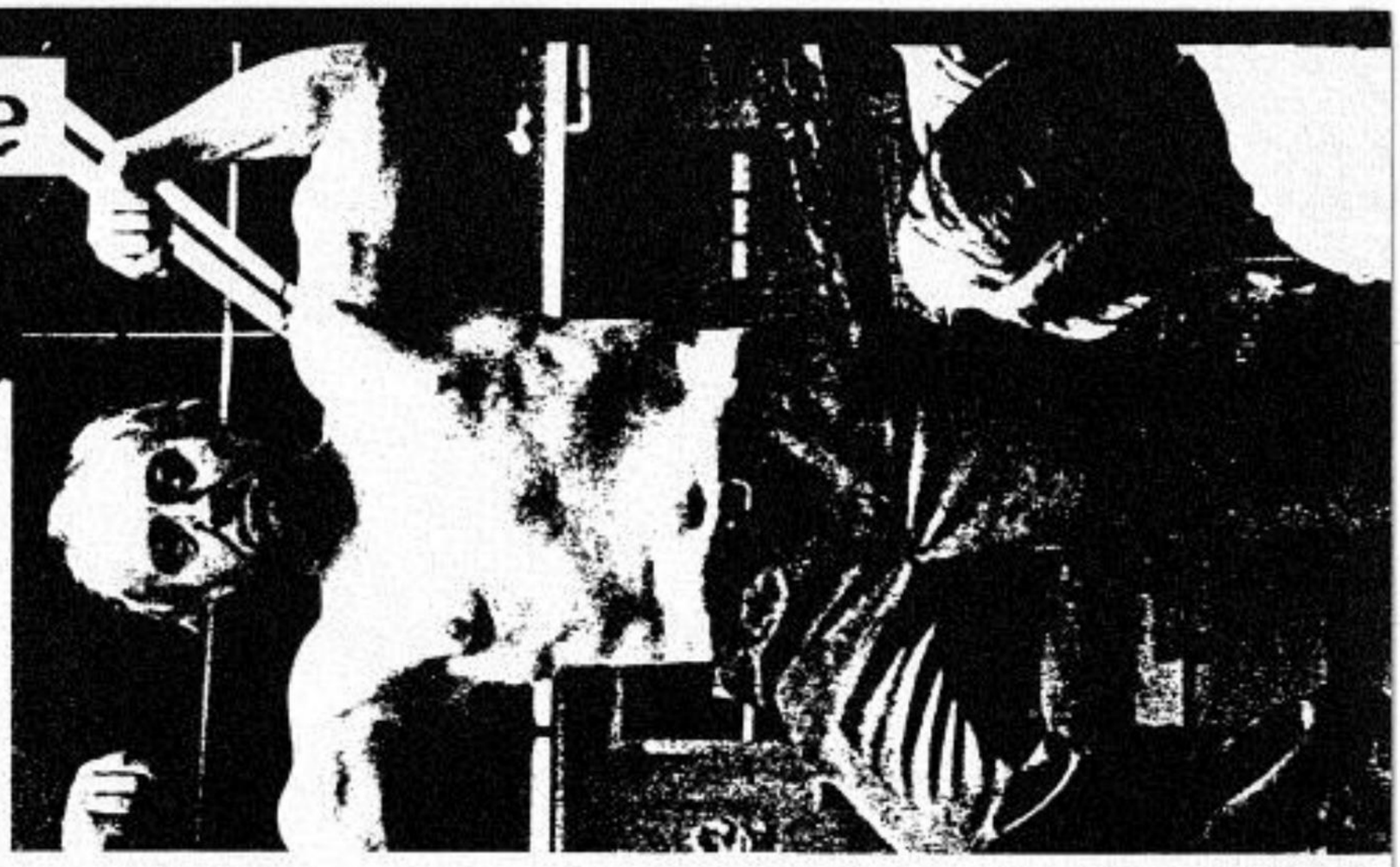
Es wird hoffentlich bald wieder ein ähnliches Konzert geben. Hoffe mich läuft's anders ab. Es haben sich echt viele Leute verdammt Arbeit gemacht, um auch politisch was zu erreichen. Hat's was gebracht?

Solidarität mit dem Freiraum!!!

P.S.: Nix für ungut - trotzdem geil, daß soviele Leute da waren und der Großteil der Bands auch ganz o.k. war! Es gibt also noch Hoffnung.



Frauenrede auf dem Fest



Genossinnen und Genossen!

Eure Geilheit in den Augen, sobald das Wort Palästina oder Baskenland fällt - eure Bewunderung für die Kämpfe da - euer Vorbild, euer Traum, eure Unterstützung -

Für einen Kampf, in dem mit keinem Wort, mit keiner Aktion die beschissene Situation der Frauen angesprochen wird. Es ist im palästinensischen Freiheitskampf kein Thema, daß im "arabischen Raum" 97,5% aller Mädchen die Klitoris weggeschnitten wird - weil die Männer weder auf ihr Lustmonopol noch auf ein anderes ihrer Monopole - wie Kapital und Macht - verzichten wollten.

Ob in Palästina oder im Baskenlande - die Frauenfrage gibt es nicht. Sie wird dann wohl nach der Revolution, nach dem Sieg geklärt. Unsere Solidarität mit einem Kampf um Freiheit, in dem kämpfende Genossinnen von Fightern unterdrückt werden? Unsere Solidarität mit patriarchalen Schweinen?
Wenn dann schon eure!

Und solange hier keine klare Position zur Klassenfrage besteht - zu der Frage der Klasse "FRAU" - solange ist jedes Entschuldigen, jedes "Ja, aber" und jedes Relativieren systemstabilisierend, wenn nicht noch was ganz anderes!

Natürlich kann frau traditionsgemäß sozialarbeiterisch sein, kann frau verstehen und verzeihen, kann frau "Kampf oder stirb" des bürgerlichen wie szenemäßigen Verhaltens von Männern akzeptieren.

Aber wir haben die Schnauze voll!!!

Wir müssen uns nicht rechtfertigen, warum wir zum Teil oder ausschließlich nur was mit Frauen machen ...

Doch - wir müssen - müssen euch erklären, verstehen, relativieren. Müssen genauso mackerhaft wie ihr auftreten, um von euch als scheinbar gleichberechtigt akzeptiert zu werden.

Was heißt überhaupt gleichberechtigt? Daß Frauen auf Plenen nicht öfter unterbrochen werden als Männer auch?

Ja hervorragend!!!

Genauso hervorragend wie die Diskrepanz zwischen eurem politischen und privaten Auftreten. Auf Plenen, in Flugis, bei Diskussionen - da verkneift ihr euch eure patriarchalen Züge: Da seid ihr die Männer, die der Frauenfrage gegenüber scheinbar offen sind. Aber sobald es privat wird - in euren Beziehungen, am Stammtisch oder sonstwo ..., da laßt ihr euren Macker raushängen, da fallen die geschissensten Männerwitze, die sexistischsten Äußerungen - die natürlich als Provokation gemeint sind. Es ist immer wieder nett, wie humorlos ihr dann plötzlich seid, wenn Frauen - als Provokation natürlich - das Entwaffnen von Vergewaltigern fordern.

Wie ihr dann plötzlich eure Fähigkeit zu verallgemeinern und abstrahieren verliert, sobald es um euer Verhalten geht! Da werdet ihr plötzlich individualistische - da wollt ihr Begründungen und Ausnahmen, die ihr sonst für überflüssig haltet. Die Trennung von privat und politisch gibt es nicht!!!

Ein Typ, der sich Frauen gegenüber beschissen verhält, ist ein Arsch! - Völlig egal, was er sonst, sogenannt politisch, äußert. Was sollen wir jetzt von euch ernst nehmen - das Private oder das Politische? Am besten keines von beiden!

Wenn damals die Frauen vom SDS die Männer von ihren bürgerlichen Schwänzen befreien wollten - was interessiert mich/uns der bürgerliche Schwanz!? Vor dem kommt laut euch beim (Szene-)Typen immer noch das bürgerliche Hirn - vielleicht solltet ihr euch davon befreien!!!

Und ihr Frauen?!
Wieviele von Euch denken jetzt, daß das doch alles viel zu pauschal ist - aber wenn wir jetzt sagen, daß es Ausnahmen gibt, dann fühlen sich hier alle anwesenden Männer als Ausnahme.

Daß es viel zu emotional, übertrieben, zu wenig nachvollziehbar ist. Wie will ein Mann nachvollziehen, was es heißt, wirklich in einer permanenten Angriffssituation zu sein?!

Als Frau hast du keine Nischen - außer du gehst auf die patriarchalen Bedingungen ein: Schränkst dich so sehr ein, daß dir nichts mehr passieren kann, hörst auf zu existieren oder verinnerlichst die ganze Scheiße so, daß du sie nicht mehr wahrnimmst.

Wenn nicht, dann heißt Frau sein, Dich im Ausnahmezustand zu befinden. PERMANENT!!! - Und nicht nur, wenn du auf 'ner Demo oder im Knast bist. Immer hast du deine Situation als Frau im Kopf! Permanenter Angriff!!!

Wir Frauen sind eine Klasse, die unterdrückt und ausgebeutet wird. Kleingehalten mit Druck, mit der Drohung von Existenzverlust. Welcher Existenz denn? Sobald wir auch nur einen Fuß vor unsere Wohnungen setzen, sind wir auf Feindgebiet. Aber wir werden nicht als Klasse bezeichnet - maximal als Opfer.

Wir sind keine Opfer!
Wir sind eine Klasse!

Und wir werden die Männer nicht bitten, sich zu ändern, was von ihrer Macht abzugeben, wir werden sie nicht bitten, in uns mehr als ein Lustobjekt zu sehen.

Ihr hat nur die Macht die wir euch lassen!!!

Und jeder Arsch von Typ, der jetzt denkt, daß er jeder Frau überlegen ist, der "Frauen nur aus Notwehr schlägt", der von "Vergewohltätigung" statt von Vergewaltigung redet - seid euch klar, daß es nur eine Frage der Zeit ist, bis jede Frau zurückgeschlägt, wenn ihr zu ihr auch nur eine sexistische Bemerkung macht ... und daß mindestens zehn andere Frauen hinter ihr stehen!!! Es gibt keinen Schutz vor Vergewaltigung, Anmache, Unterdrückung, Ausbeutung ...

Schützen könnten angeblich nur die Männer - die vergewaltigen, anmachen, unterdrücken, ausbeuten ...

Oder Gesetze, gemacht von einer patriarchalen Klassenjustiz. Denkt ihr Frauen wirklich noch, daß ihr von dieser Gesellschaft Gleichberechtigung, Schutz, euer Recht bekommt?!

Nur wenn wir begreifen, daß kämpfen unsere einzige Möglichkeit ist, daß es besser ist, zurückzuschlagen, als permanent unseren Haß und unsere Wut zu schlucken - nur dann haben wir auch die Stärke zu siegen!!!!!!!!!!!!!!!!

Der Anspruch ist da, jetzt fehlt nur noch ne Kleinigkeit...

Die Wirklichkeit...

Ich habs satt, ehrlich satt!!!

Da werden große Statements abgegeben
Kluge Reden geschwungen
Tiefgründige Artikel geschrieben

Und überhaupt sind wir uns ja alle so einig...
Schließlich sind wir ja alle Genossen/innen (und wehe jemand vergißt mal das "innen")!

§1: Unter uns gibts keine Schweine
Sollte es doch mal eins geben, tritt automatisch §1 in Kraft

Scheiße, wo bleibt denn da unser Anspruch???

Anti-Fa
Anti-Kap
Anti-Imp
Alles Bongo!!!

Und Anti-Pat???

Wieso??? Wir schreiben doch immer brav "innen"
SUPER!!!

Mit Vergewaltigern wollen wir alle nix zu tun haben
– solange uns keiner begegnet.

Man kann auch verbal vergewaltigen, liebe Genossen!!!

Aber DAS interessiert ja noch nicht mal dann, wenn diese Vergewaltigung militant verteidigt wird...

Unser schönes Fest...
Nur den Frieden nicht stören
Das ist doch nur ein armer verirrter Prolo...
Jetzt gibt er doch Ruhe...
Warum rauswerfen???

Kommt mal runter von euren Wolken!!!
Das Patriarchat ist nix abstraktes
Es findet statt
HIER

P.S.: Ich weiß schon, was ihr jetzt denkt. Aber das hab ich nie behauptet.

Ein Konzern plant für die Zukunft – Infoladen München

Auf in den Keller!

Trotz Hetze, Unterdrückung und Verfolgung durch alle bürgerlichen Spektren werden sich die revolutionären Gruppen in München nicht auf ein kleines, nasses, schimmelndes Kellerloch zurückdrängen lassen

Wir brauchen, wir wollen, wir nehmen und wir haben alle Kellerlöcher, zumindest in diesem sogenannten linken Haus.

Unsere Entschlossenheit kommt daher, daß wir quasi mit dem Rücken zur Wand stehen; d.h. unter den momentanen Verhältnissen hier in München haben wir keine Chance andere Räume, die eine langfristige Perspektive und kontinuierliche Arbeit ermöglichen, zu bekommen.

Der Infoladen versucht seit einiger Zeit mehr Gruppen zusammenzubringen, um eine breiter gefächerte und offe[illegible]re Arbeit einzuleiten.

Dieser Versuch hat durchaus Früchte getragen, was dazu führte, daß die von uns genutzten Räume hinten und vorne schon nicht mehr ausreichten. In dieser Situation kam die Geschichte mit der Feuerpolizei (von der Staatsanwaltschaft geschickt, also ein klarer Angriff auf unsere Strukturen) und der daraus folgenden Entzug (durch die HausbewohnerInnen d.Sätzer) des einen Raumes wegen Feuerpolizei, mit der Ankündigung, ihn zunächst zu verrammeln und später als Lager zu nutzen trotz Feuerpolizei.

Wir waren jetzt natürlich gezwungen, uns etwas zu überlegen, und kamen auf die anderen mit Gerümpel vollgestopften Räume, die seit ca. 4 Jahren ungenützt sind.

Dieser Entschluß war schnell gefaßt und zwar mit folgender Konzeption: Wir nützen alle Kellerräume außer dem Übungsraum und dem Heizraum mit dahinterliegenden Lagerraum.

[illegible] werden unsere Räume renovieren, [illegible] trockenlegen des Kellers, verputzen und die Schaffung von Notausgängen einschließt.

Im Keller sind momentan folgende Gruppen tätig:

Infoladen, Anti-Atom-Büro, Ermittlungsausschuß, Antifaschistische Aktion, 2 anarchistische Gruppen sowie einige EinzelkämpferInnen und Arbeitsgruppen zu speziellen Themen.

Wir haben logisch die Verantwortung, für das was hier unten abgeht – wir bestimmen natürlich auch selber was, wie, wann hier stattfindet, wobei wir natürlich die Sachen, die den Lebensnerv der HausbewohnerInnen treffen könnten, vorher ankündigen und absprechen wollen.

Der Keller lebt!

Zum bisherigen Verlauf der Auseinandersetzung

Letzte Woche beschlossen wir in die Offensive zu gehen, um neue Räume in diesem Keller zu bekommen. Der jetzige Raum reicht hinten und vorne nicht aus. Nach den Erfahrungen mit diesem Haus (jahrelanges Leerstehen einiger Kellerräume, Hinhaltungen...) sehen wir keine andere Möglichkeit.

Die Offensive ergreifen heißt für uns:

Die Kellerräume zu entrümpeln, die Mauerschäden zu beseitigen, die Elektrik instandzusetzen sowie durch Mauerdurchbrüche und Feuerschutztüren den Feuerpolizeilichen Vorschriften nachzukommen. Letzeres war u.a. ein Vorwand uns den Plenumsraum zu entziehen. Entrümpelung und Elektrik hatten wir in zwei Tagen geschafft, zur Zeit sind wir bei der Behebung der Mauerschäden.

In dieser Situation versperrte F. (ein Hausbewohner d. Sätzer) die zu renovierenden Räume. Zum Glück hatte er vergessen, den Schlüssel mitzunehmen.

Am Dienstag war der gesamte Keller versperrt. Dies wurde anscheinend auf einer internen Hausversammlung beschlossen, die so intern war, daß nicht einmal die HausbewohnerInnen etwas davon wußten, außer einem kleinen Kader.

Wir hätten natürlich das Schloß aufbrechen können. Um die Konfrontation nicht zu weit zu treiben, entschlossen sich die beiden Anwesenden von uns, auf einen 1-tägigen Baustopp einzugehen, um dadurch die Öffnung des Kellers zu erreichen.

Wir bitten jetzt alle Hausbewohner-Innen zu der am Freitag oder Sonntag stattfindenden Hausversammlung zu kommen. Es wäre auf jeden Fall besser, wenn diese am Freitag stattfinden würde, da am Donnerstag das Ladenplenum stattfindet und wir uns ganz sicher nicht ewig hinhalten lassen werden.

Uns geht es darum, unser Handeln und unser Konzept für die Kellerräume mit allen interessierten HausbewohnerInnen zu diskutieren. Vor der Versammlung solltet ihr euch folgendes mal wieder oder zum ersten Mal durch den Kopf gehen lassen:

Historie

Jan van der Lohe hat 1977 dieses Haus gekauft, weil er damit die räumlichen Vorrausetzungen zur Entwicklung linksradikaler Strukturen in Haidhausen schaffen wollte.

Daraufhin zogen das Cafe Liebertee und etliche Leute ins Haus ein. Bald stand nur noch das Wohnen im Vordergrund und die Politik wurde aus den Köpfen ausgelagert. Diese sahen die HausbewohnerInnen wohl durch die Gruppen im Erdgeschoß abgedeckt. (MieterInI, HN, Türkischer Kulturverein) Anscheinend können sich diese Gruppen auch nur halten, weil sie mit ihrer Arbeit ein breites öffentliches Spektrum ansprechen und ihre Methoden sich überwiegend im Rahmen des öffentlich anerkannten Protests bewegen.

Die Leute aber, die weiterhin radikale Politikansätze vertraten und nach Möglichkeiten suchten, diese in die Praxis umzusetzen, wurden in den Keller verwiesen.

Hier befindet sich seit einigen Jahren der Infoladen. In diesem Jahr hat sich die Nutzung des Infoladens beträchtlich erhöht, wie ihr in unserem Konzept nachlesen könnt.

Das Private ist politisch

Nun, da ihr Eigentümer werdet, zeigen sich bei einigen von euch typische Verhaltensweisen spießbürgerlicher Kleinkapitalisten. Das geht von hinter vorgehaltener Hand oder sonstwie getuschelter Empörung über in den Garten pissender ChaotInnen, über verstopfte Klos und über rülpsende und andere Obszönitäten von sich gebende Autonome u.ä. bis hin zu ungenutzten Kellerräumen, die lediglich von Gerümpel bewohnt werden und die niemand antasten darf, dem sie nicht gehören, auch wenn sie dringend gebraucht werden.

Auch Schörghuber u.a. Schweine lassen massenhaft Räume leerstehen mit dem Argument der "latenten Eigennutzgefahr". Dieses Argument kam wohl auch von euch?

Dies heißt für uns, daß ihr jetzt mit Eigentum genauso umzugehen gedenkt, wie die zuvor genannten Spekulantenärsche – obwohl ihr die doch wohl auch mal bekämpft habt? Und euch in diesem Haus deren Diktat zu entziehen versucht habt? Nach unserem Verständnis gehören Räume den Menschen, die sie brauchen und auch tatsächlich nutzen.

THIS IS NOT A LOVESONG...

...dennoch sind wir natürlich bereit mit euch eine Auseinandersetzung über die Zukunft des Kellers zu führen – ja wir wünschen uns eine Diskussion und zwar mit allen MieterInnen/Eigentümerinnen. Unser Aktion hier im Keller ist auch als Beschleuniger/Aktivator für diesen Prozeß zu verstehen, der sonst nie stattgefunden hätte.

Mit feuchten, schimmligen Kellergrüßen – die revolutionären Kellerasseln

Anmerkung:

Soweit zu den aktuellsten Vorgängen in der "bayerischen Landeshauptstadt". Es bewegt sich was, München wird unterwandert, es wird allein eine Frage der Zeit sein, wann wir in höhere Gefilde emporsteigen werden, und dann ... !!!!

Mittlerweile wurde der Baustopp wieder aufgehoben, es geht wieder in die Vollen. Von der Hausversammlung können wir leider noch nichts berichten, sie wird erst nächste Woche stattfinden.

Doch egal wie diese Versammlung ausgeht:

DER KELLER GEHÖRT UNS !!!!!!!!!!!!

Vor allen Dingen was für ein Keller: Das erste Mal in der Geschichte des Münchner Infoladens beteiligt sich fast das gesamte linksradikale Spektrum Münchens am Laden.

Das wird ein Neuneueinweihungsfest !!!!!!!!!

HASS - ODER WAS ?

Was ist passiert? Zwei Wochen nach den brutalen Knüppelorgien der Berliner SEK'ler in Wackersdorf sterben beim 300. Startbahnspaziergang in Frankfurt zwei Bullen.

In einer Situation, in der unabsehbar ist, warum die Bullen erschossen wurden, ob es eine Staatsschutzaktion war oder ob die Schüsse aus unseren Reihen kamen, haben einige Autonome nichts Besseres zu tun, als ihre Hände in Unschuld zu waschen. Andreas Eichler wird von den Bullen unter Mordverdacht verhaftet. Die Wiesbadener Autonomen schreiben "jemand, der eine derartige Kaltblütigkeit an den Tag legt, gehört nicht in unsere Reihen, auch wenn er sich selbst dazu zählen mag".

Wissen sie nicht, was ihre Distanzierung für Andreas bedeuten kann, wissen sie nicht, was es heißt in ISO zu sitzen und mitzukriegen, daß sie sich distanzieren? Wollen SIE die staatlichen Repressionen gegen Andreas unterstützen?

Ziemlich daneben finden wir auch die Einschätzung der Tat "als im höchsten Maße konterrevolutionär" durch militante Anarchist/inn/en aus München. Einerseits stellt sich im Zusammenhang mit der Verwendung des Begriffs "konterrevolutionär" die Frage, ob wir uns in einer revolutionären Situation / einem revolutionären Prozeß befinden. Andererseits wird der Unterschied zwischen einer objektiv für den revolutionären Prozeß schädlichen Aktion und dem Menschen, der die Tat subjektiv als revolutionär betrachten kann, nicht beachtet.

Auch wir waren erschrocken über die Schüsse in Frankfurt. Wir halten die Aktion politisch für einen Fehler, wenn die Sache von unserer Seite ausging. Diese Form von Eskalierung kann angesichts unserer gegenwärtigen Stärke/Schwäche nicht in unserem Interesse liegen. Unsere Mittel im Kampf müssen sich nach der jeweiligen Situation richten und den Unterschied zwischen uns und dem Terror des Staates deutlich machen.

Was uns auch auf die Nerven geht ist das Gejammer über die jetzt einsetzende verschärfte Repression. Wir sagen, wenn wir kämpfen, wird die Repression zunehmen. Die Alternative kann nur heißen entweder unseren Kampf aufgeben oder eben mit der Repression umzugehen.

Grundsätzlich falsch finden wir die Einschätzung in einigen Stellungnahmen, wir würden uns auf Demos durch Vermummung usw. nur gegen die Bullen schützen. Wir sagen, unsere Aktionen sind ein Angriff auf das Schweinesystem, wir schützen uns nicht nur, wir wollen den Staat direkt angreifen. Oder haben wir z.B. letztes Jahr Pfingsten in Wackersdorf unsere Masken, Zwillen und Mollies nur zur Selbstverteidigung eingesetzt? Wir wollten doch wohl den Bauplatz stürmen und die Baufahrzeuge abfackeln, oder haben wir da etwas total falsch mitgekriegt?

Die Notwendigkeit der Patriarchatsdiskussion bzw. der Diskussion über Mackerverhalten und Hierarchien unter uns hat sich z.B. hier in München ja wieder mal erwiesen, und zwar durch den Verlauf der ersten Diskussionen nach den Frankfurter Toten. Das gegenseitige Verhalten war zum Teil dadurch bestimmt, die/den andere/n fertig zu machen, statt zusammen was zu klären. Gute Stimmbänder waren Grundvoraussetzung dafür, zur Kenntnis genommen zu werden.

Einige sagen, Gewalt gegen Menschenleben oder Politik die über Leichen geht können sie sich nur in Notwehrsituationen oder in einer revolutionären Situation vorstellen. Wenn sie damit meinen, daß wir uns jederzeit in diesem System in einer Notwehrsituation befinden können wir das so akzeptieren. Allerdings sollten sie das dann klarstellen. Natürlich müssen wir uns dafür einsetzen, daß wir den "Klassenkampf" an sich vorantreiben. Wir haben nicht die Einstellung, mann/frau müsse gegen Menschen kämpfen. Wir kämpfen gegen die Faschisierung des Alltags, gegen strukturelle Gewalt dieses Staates und des Imperialismus. Tatsache ist, daß überall durch den Imperialismus permanent Menschen ermordet werden ("Arbeitsunfälle", Selbstmorde, Ausbeutung der "3. Welt" - usw.), mal ganz abgesehen von den Toten auf unserer Seite.

Unsere Aktionen sollen immer die Menschen zum Revoltieren anregen, wir wollen eine Massenmilitanz, die mit Herz und Verstand geführt wird. Die Ansätze haben wir z.B. oft in der Berliner Häuserbewegung, in Brokdorf und Wackersdorf gespürt.

Wir begreifen die jetzige Situation als Möglichkeit endlich die längst überfälligen Debatten innerhalb der Revolutionäre zu führen. Dazu zählen wir die Militanzfrage, die Patriarchatsdiskussion, die Frage der Massenperspektive, unsere Strukturen und das Verhältnis der AnarchistInnen, autonomen KommunistInnen und AntiimperialistInnen untereinander. Wir begreifen diese drei Strömungen als die wichtigsten revolutionären Kräfte, zwischen denen ein Zusammenkommen für den weiteren Prozeß des gemeinsamen Kampfes für uns existentiell ist.

Was außerdem in Umrissen klargeworden ist, sind die unterschiedlichen Politikansätze innerhalb der Militanten. Unser Ansatz als AnarchistInnen ist die Propagierung der sozialen Revolution als Perspektive zur Überwindung dieses Systems. Wir wollen keinen Putsch der nur eine neue Machtelite hervorbringt, sondern eine herrschaftslose und gewaltfreie Gesellschaft, die zusammen und selbstbestimmt von jeder/m Einzelnen erkämpft werden muß. Die Revolution kann nur vom Volk gemacht werden.

Was nun ansteht, ist die Klärung der verschiedenen Ansätze und Ziele; und, wie wir zusammen kämpfen können, denn Spaltungen schwächen uns alle.

WIR FORDERN SOLIDARITÄT MIT ANDREAS!

GEGEN DIE SPALTUNGSVERSUCHE DER SCHWEINE!

FÜR DIE SOZIALE REVOLUTION!

einige GenossInnen der M.a.F.I.A (Münchner anarchistische Fraktion innerhalb der Autonomen)

Stellungnahme eines Redaktionsmitglieds zu verschiedenen Artikeln in diesem FREIRAUM

Nochmal zum Flugblatt der militanten Anarchist/innn/en:

ast alles, was gegen dieses Flugblatt oricht, wurde in der Stellungnahme niger Genossinnen der M.a.F.I.A. chon gesagt. Einen Punkt der Kritik, er so in der Stellungnahme nicht drin teht, will ich hier noch ergänzen. azu muß gesagt werden, daß diese ritik nur meiner eigene Meinung ntspricht:

ißt ihr nicht, daß die Herrschenden ersuchen die Schüsse zum Anlaß zu ehmen, militante Politik unmöglich zu achen. Wißt ihr nicht, daß Lochte esagt hat, daß es in der nun einsetenden Situation darauf ankommen ird, die Scene nicht nur zur Distanierung von den Schüssen, sondern zu iner allgemeinen Distanzierung von illitanten Aktionen zu bewegen.

at[illegible]ich wißt ihr das! Aber euere Mo[illegible]' hat euch veranlasst, dem Distanzierungsdruck nachzugeben und bjektiv das Spiel der Schweine zu pielen, ob ihr wollt, oder nicht.

as sagt ihr, die Repression wird tärker. Na sowas, das würde sie wohl onst nicht, oder was? Und ist sie icht seit 20. v. Chr. ständig schlimer geworden? Wer Repression nicht egreift als das sich ständig wanelnde Gegenüber zu Protest/Widerstand, begreift sie überhaupt icht. Wer damit nicht zurechtkommt, ollte die Finger davon lassen.

Zum Artikel "Volksfront, Patriarchat und Autonome"

as allgemein an dem Artikel auffällt ind die Anführungsstriche bei Vergealtiger, Patriarchat und Autonomen. ibts wohl alles in der Realität nicht, de[illegible] So wie die Bild-Zeitung DDR in äh[illegible]üßchen schreibt. Oder wollt ihr amit ausdrücken, daß es Vergewaltier und nicht so schlimme "Vergewaltiger" gibt. Ein Hammer ist auch ie Kritik an den Autonomen, als wären wir AnarchistInnen darüber erhaen. Intressanterweise kommt bei den eiden Absätzen "Zusammenarbeit mit utonomen" und "Mitarbeit in der olksfront" die Volksfront eindeutig esser weg, da sie ja Arbeitsgruppen ebildet hat und bla, bla. Überhaupt ie Frage zu stellen ob frau/mann mit utonomen zusammenarbeiten kann, äßt mich daran zweifeln, ob ihr überhaupt das Interesse habt, die revolutionären Kräfte hier zusammenzubringen. Wichtiger ist euch wohl

Von Betroffenen Zensiert

berhaupt die Wortwahl!

erschiedene politische Zusammenhänge ahen sich konfrontiert:

Ach, die Armen.

Wir können auf das Papier verweisen:

Papier ist geduldig, außerdem klingt das alles nach Ausstellung eines eigenen Persilscheins.

Weiter scheint es darum zu gehen eine bestimmte Linie bei der Diskussion durchzusetzen:

Ja, darum geht es! Und diese Linie heißt: Keine Zusammenarbeit mit Vergewaltigern und Leuten die versuchen, Vergewaltiger in Schutz zu nehmen. Wenn ihr euch dieser Linie nicht voll und ganz anschließen könnt, habt auch ihr in revolutionären Zusammenhängen nichts mehr zu suchen.

Und dann fällt euch zum Thema Patriarchat nur ein kleiner Unterpunkt ein, der zwar nicht grundsätzlich falsch ist, dem Anspruch einen Artikel zur Frauenfrage zu schreiben aber diametral gegenübersteht. 23000 Zeichen, um eure politischen Vorstellungen breit in die Öffentlichkeit zu tragen, 2000 Zeichen für die Frauen. Allein das entlarvt euer Verhältnis zu Patriarchat und Frauen! (Der Artikel war ursprünglich für die gemeinsame Beilage mit Schwerpunktthema "Auseinandersetzung mit Positionen der Frauenbewegung" gedacht.)

Zu allem Überfluß wird dann auch noch durch die Vortäuschung einer Arbeitsgruppe aus Volksfront, AAU und M.a.F.i.A eine Stärke und Übereinstimmung verschiedener Gruppen vorgetäuscht, die so nicht existiert. Auch euch dürfte bekannt gewesen sein, daß die große Mehrheit der M.a.F.i.A. **keine** Distanzierung von den Frankfurter Schüssen mitträgt. Trotzdem müßt ihr euren Schrott auch noch in einen Artikel bringen, der mit M.a.F.i.A. unterschrieben wird. Daß das wieder auf alle zurückfällt, ist euch wurscht.

Zum Artikel "Für die soziale Revolution"

Falsch ist es schon einen Reader zusammenstellen, der fast nur Malatesta-Texte und Stellungnahmen von Malatesta-Anhängern enthält. Gegensätzliche Ansichten von anderen anarchistischen "Klassikern" wie z.B. Most, Mühsam usw. werden unterschlagen, indem die Malatesta-Linie zur allein anarchistischen Linie hochstilisiert wird. Weiterhin frage ich mich, was der Sinn einer solchen Herangehensweise an die jetzigen Ereignisse sein soll. Die Militanzdebatte muß konkret an den heutigen Verhältnissen diskutiert werden und es hilft uns wenig weiter mit "Klassiker-Zitaten", die uralt sind in die Diskussion einzugreifen.

Fatal wird es dann, wenn frau/mann den Reader dann auch noch mit Distanzierungsdruck im Kopf zusammenfaßt. Heraus kommt ein Papier, daß wie eine Predigt zur Gewaltfreiheit aussieht. Da ist viel von Notwehr, Liebe usw. die Rede. Das unsere Militanz nicht zuletzt ein Angriff auf das System ist, wird (fast) völlig unterschlagen.

Auch sollte der/m VerfasserInn bekannt sein, daß z.B Erich Mühsam die Diktatur des Proletariats durchaus für nötig hält.

Als Antwort auf die Grundtendenz des Artikels einige Zitate aus dem Papier der Off-Autonomen zu den Frankfurter Vorfällen, die weitgehend meiner Meinung entsprechen:

...Mit unvermummten Stimmen bekennt ihr euch zu Angriffen auf Bullen mit Krachern, Steinen, Mollies und Stahlkugeln. Okay. Um sie auf Distanz zu Halten. Okay, wir können uns Situationen vorstellen, wo es nur darum geht. Um sie vielleicht noch zu verletzen. Na ja. Aber es ist euer Risiko, daß sie dabei draufgehen könnten. Was??? Wir hatten solche Situationen immer so verstanden, daß es unser Risiko sei, wenn die Schergen nicht gleich zu Boden gehen, trotz aller Gegenwehr festgenommen zu werden ... Ihr seit die kühlen StrategInnen der Eskalation, die Gewalt ausschließlich als politisches Kalkül ausüben. Eure akademische Sozialisation hat euch das Dogma der Gewaltvermeidung so tief ins Hirn gebrannt, daß ihr Emotionen wie Haß schon im Keim bei euch erstickt. Ihr seid die Liquidatoren jeder Befreiung, jeder Lebensäußerung ...

Euere Kampftaktik ist defensiv bis ins Grab: Sie läßt euch keine Möglichkeit, als den Märtyrertod zu sterben. Von den tausenden anderen Opfern des Systems unterscheidet Ihr euch nur, indem ihr etwas heftiger strampelt, wenn euch die Schlinge um den Kopf gelegt wird. Euer Selbstbewußtsein steht auf so armselig wackligen Füßen, daß ihr auf jeder Demo erst die Schläge der Schweine braucht, um eure Rückzugsgefechte zu rechtfertigen...

Ein wütender Anarchist

Anmerkung:
Aus Zeitmangel ist meine Kritik noch nicht richtig ausgearbeitet, da ich zwei der oben benannten Artikel erst vor kurzem gelesen habe. Trotzdem ist es mir wichtig, aufzuzeigen, daß diese Artikel nicht die Meinung der gesamten Redaktion wiederspiegeln. Zum Artikel "Für die soziale Revolution habe ich in der kurzen Zeit nichts eigenes auf die Reihe gebracht, die Stellungnahme der Off-Autonomen entspricht aber fast völlig meiner Meinung.

"Am 14. Mai, ebenso wie in Frankfurt, wo zwei von uns abgehauen sind, als sie verhaftet werden sollten, weil wir uns nicht einfach verhaften lassen - haben die Bullen zuerst geschossen. Die Bullen haben jedesmal gezielte Schüsse abgegeben. Wir haben z.T. nicht geschossen, und wenn, dann nicht gezielt: In Berlin, in Nürnberg, in Frankfurt. Das ist nachweisbar, weil es wahr ist. Wir machen nicht rücksichtslos von der Waffe Gebrauch". Der Bulle, der sich in dem Widerspruch zwischen sich als "kleinem Mann" und als Kapitalistenknecht, als kleinem Gehaltsempfänger und Vollzugsbeamten des Monopolkapitals befindet, befindet sich nicht im Befehlsnotstand. Wir schießen, wenn auf uns geschossen wir. Den Bullen, der uns laufen läßt, lassen wir auch laufen." (RAF: Das Konzept Stadguerilla; April 1971, zitiert nach: BRD-RAF, ausgewählte Dokumente der Zeitgeschichte, GNN-Verlag, 1987)

Franz Josef Strauß

Stellungnahme zu den Vorfällen an der Startbahn

Nach dem Tod zweier Polizeibeamten am 6. Jahrestag der Hüttendorfräumung an der Startbahn West, ist der revolutionäre Widerstand in die öffentliche Diskussion geraten. Dieses Flugblatt wurde von einigen militanten AnarchistInnen und AntifaschistInnen geschrieben, um den Lügen der Politiker und der bürgerlichen Presse etwas entgegen zu setzen. Wir möchten betonen, daß diese Stellungnahme nur von einem Teil der Münchner Szene unterstützt wird und daß es andere Einschätzungen und Ansätze gibt.

Wir halten diese Aktion strategisch, politisch und moralisch für nicht vertretbar. Sie richtet sich gegen unsere soziale Perspektive und ist in höchstem Maße konterrevolutionär. Wir setzen uns aber damit auseinander, weil wir die Möglichkeit nicht ausschließen können, daß Leute aus "unseren" Reihen diese Aktion durchgeführt haben.

Es ist uns völlig klar, daß Staat, Parteien und reaktionäre Medien ein konkretes Interesse daran haben, die Öffentlichkeit gegen uns aufzubringen. Auch linksliberale Zeitungen und Parteien - einschließlich der Grünen - beteiligen sich (wie nicht anders zu erwarten) an dieser durch und durch verlogenen Hetzkampagne. Wir sollen den Interessen dieser Parteien geopfert werden, die jetzt die Möglichkeit sehen, die Öffentlichkeit für ihre Ziele und "Inhalte" zu gewinnen, indem sie sich ins "rechte" Licht rücken und ihre radikaleren Ursprünge vergessen machen wollen. Sie geben uns zum Abschuß frei um ihre Wahlchancen zu erhöhen. Sie tun ganau das, was der Staat von ihnen erwartet.

Militanz auf Demonstrationen, schwarze Masken etc. werden oft als unsere Inhalte angesehen. Verteidigung bzw. Schutz gegen Polizeiübergriffe ist jedoch nicht unser Inhalt, sondern nur ein Mittel, das eben in der jetzigen Situation nötig ist. In der jetzigen Lage in der BRD halten wir es aber für falsch, mit Schußwaffen aus einer Menschenmenge heraus gegen irgendwelche Bullen vorzugehen. Eine endgültige Einschätzung der Ereignisse ist uns jedoch aus Mangel an genaueren Informationen nicht möglich, schließlich ist ja auch ein Staatsschutzaktion denkbar - wie das Loch im Celler Knast. Die Politiker und Kapitalisten haben schon oft absichtlich Opfer in Kauf genommen, um die Sache dann dem Gegner in die Schuhe zu schieben. Um das Leben der Polizisten geht es denen sicher nicht. Allzuoft wurden kleine Polizeigruppen in Demonstrationen hineindirigiert, um Krawalle zu provozieren. Es ist also völlig offensichtlich, daß die pathetischen Beileidsäußerungen der Politiker und Machthaber nur Heuchelei sind. Denen kommt es doch gerade recht, die Repressionsschraube weiterdrehen und den antistaatlichen Widerstand zerschlagen zu können. Die Frankfurter Toten werden zur Legitimation für die Verschärfung des Demonstrationsrechts; jeder revolutionäre Widerstand läuft mehr und mehr Gefahr, als "terroristische Vereinigung" behandelt zu werden. Von den vielen Toten auf unserer Seite spricht niemand; die laufende Hetze wird neue Schwerverletzte oder Tote unter uns zur Folge haben. Die bereits geplante Aufrüstung der Polizei (siehe Gummigeschosse und Betäubungswaffen) zu einer immer schlagkräftigeren und paramilitärischen Schutztruppe des Kapitals wird sich nun beschleunigen.

Militanz und soziale Revolution

Wir gehen davon aus, daß dieser Staat BRD durch eine soziale Revolution gegen Staat, Kapital, Imperialismus und Patriarchat und andere Machtstrukturen beseitigt werden muß. Dieser Staat ist verantwortlich für die soziale Unterdrückung breiter Schichten der Bevölkerung, für die Ausbeutung der Völker hier und in der "3. Welt", für die Zerstörung unserer Lebensgrundlagen. Dieser imperialistische Staat ist weltweit an kriegerischen Auseinandersetzungen beteiligt. Jeder Staat ist nur ein Mittel der Herrschenden, die Bevölkerung zu unterdrücken. Deshalb halten wir nichts von Parlamentarismus, sondern versuchen direkt für eine bessere Gesellschaft zu kämpfen, d.h. diesen imperialistischen und patriarchalen Staat als Wurzel jeder Art von Unterdrükkung zu zerschlagen.

Wir wollen keinen Putsch der nur eine neue Machtelite hervorbringt, sondern eine herrschaftslose und gewaltfreie Gesellschaft, die zusammen und selbstbestimmt von jeder/m Einzelnen erkämpft werden muß. Die Revolution kann nur vom Volk gemacht werden. Unser Idealbild einer freien Gesellschaft beinhaltet u.a.:

- Selbstbestimmung
  z.B. Selbstverwaltung der Betriebe durch ArbeiterInnen, dezentrale Organisierung der Wirtschaft und aller anderen Gesellschaftsbereiche nach den jeweiligen Erfordernissen durch die direkt Betroffenen
- Solidarität
  Jede/r begreift sich als individueller Teil der Gesellschaft, sieht aber die Notwendigkeit, sich solidarisch einzubringen
- Kollektivität
  Keine/r muß allein für ihr/sein überleben sorgen, keine/r muß ihre/seine Arbeitskraft unter miesen Bedingungen verkaufen, sonder die Lebensgrundlage von allen wird zusammen gesichert.

Wir wissen natürlich auch, daß eine Entwicklung auf eine solche Gesellschaft hin überaus langwierig sein wird - und im völligen Widerspruch zum Kapitalismus steht.

Unser Politikansatz ist es, die soziale Revolution als Perspektive zur Überwindung der gesellschaftlichen Mißstände zu propagieren und eine breite Basis für die Revolution zu schaffen. Sie kann nicht mit dem Staat, sondern nur gegen den Staat erfolgen. Deshalb sind die staatlichen Gesetze nicht unser Rahmen, sondern der Rahmen unserer Feinde. Es ist leider eine Illusion, anzunehmen, daß dieser Staat gewaltfrei beseitigt werden kann. Wir können somit das "Gewaltmonopol des Staates" auf keinen Fall akzeptieren. Wichtig für uns ist die richtige Relation von Zweck und Mittel. Menschenverachtende Maßnahmen sind Sache des Staates, seines Aufstandsbekämpfungsapparates, nicht unsere! Unsere Aktionen müssen sich selbst erklären, vermittelbar und nachvollziehbar sein und Rückhalt finden. In ihnen muß die prinzipelle Gewaltfreiheit unseres Ziels erkennbar bleiben, auch wenn wir gezwungen sind, zur Gewalt zu greifen, um diesen Staat zu bekämpfen. Wir wollen selbstbestimmte Aktionen möglichst vieler Menschen gegen Staat, Patriarchat, Kapital und jede andere Form der Herrschaft. Gewalt gegen Sachen ist in vielen Fällen notwendig. Gewalt gegen Menschen, die deren Leben gefährdet, können wir uns nur in Notwehrsituationen oder in einer revolutionären Situation vorstellen.

Die revolutionäre Linke hat sich in letzter Zeit zu einer Bewegung entwickelt. Wir lassen uns das, was wir in jahrelanger Arbeit aufgebaut haben, nicht durch die Hetzkampagne von Staat, Parteien und Medien zerstören. **Der Kampf geht weiter!**

Selbstbestimmt leben, zusammen kämpfen

Nicht Krieg, nicht Frieden, sondern soziale Revolution!

militante AnarchistInnen

ROSENHEIM

Vor dem Schöffengericht am Amtsgericht Rosenheim fand an zwei Verhandlungstagen ein Prozeß statt, der das vorläufige Ende einer für diese Region einmaligen Unterdrückung des WAA-Widerstandes darstellt. Bevor wir direkt auf den Verlauf dieses Prozesses eingehen, soll deshalb noch einmal kurz die Vorgeschichte dargestellt werden.

Im Dezember letzten Jahres fand hier eine "Anti-Atom-Woche" statt, in deren Rahmen die Rolle des örtlichen Stromversorgers (Isar-Amper-Werke) in der AKW-Politik aufgedeckt werden sollte. Gerade die Behandlung dieses Aspektes war wohl äußerst unerwünscht, so daß der Rosenheimer Staatsschutz in enger Zusammenarbeit mit der Geschäftsleitung der Isar-Amper-Werke massive Bespitzelung und Behinderungen durchführte. Im Einzelnen hieß dies:

- Ein Schüler wurde beim Verteilen des Veranstaltungskalenders vor der Schule von der Kripo Rosenheim festgenommen und durchsucht.

- Ein Teilnehmer eines Spazierganges zum Gelände der IAW wurden von fünf Hundertschaften der Polizei und des BGS erwartet, das gesamte Gelände war zusätzlich mit Stacheldraht u.ä. abgesichert, die Personalien der meisten Teilnehmer wurden aufgenommen.

- Bei einem weiteren Spaziergang einige Zeit später erfolgen zahlreiche, teilweise brutale Festnahmen, mit anschließenden Zahlungsbefehlen "wg. Teilnahme an einer unangemeldeten Versammlung".

Im Rahmen dieser Repressionen und als deren vorläufiger "Höhepunkt" erfolgte dann am 24.3.87 eine groß angelegte Durchsuchung eines gesamten Hauses, in dem getrennt in drei WG's neuen Leute wohnen, von denen die Mehrzahl schon lange in linken Zusammenhängen Politik machen.

Grundlage dieser Aktion, an der insgesamt 30 Beamte der Polizei, des Staatsschutzes, der Sonderkommision des Landeskriminalamtes und des Rauschgiftdezernats nebst zwei Staatsanwälten beteiligt waren, war ein Flugblatt, mit dem zwei Bewohner/in als Verteiler/in "öffentlich zu Straftaten aufgerufen haben sollen". Als Belege dieser Konstruktion galt die Überschrift "Weg mit dem Atomstaat", ein Zitat Ulrike Meinhofs, verschiedene aus dem Zusammenhang gerissene Sätze und vor allem zwei Bilder umgestürzter Strommasten, von denen eines mit dem Satz "So wie die Dinge liegen, liegen sie gut" unterschrieben war.

Gesucht wurde angeblich nach Material zur Herstellung und Verbreitung, gefunden wurde nichts. Aus den Ermittlungsakten geht aber im Nachherein auch indirekt hervor, daß es im Prinzip um etwas anderes ging: Mit der exakten Auflistung der verschiedensten politischen Aktivitäten einiger Bewohner der letzten 6-7 Jahre (darin fehlte z.B. auch nicht die höchst kriminelle Tatsache, als Versammlungsleiter/in bei Umwelt- und Friedensveranstaltungen aufgetreten zu sein) wurden alle BewohnerInnen der "linksautonomen" Szene zugeordnet und eine Durchsuchung des gesamten Hauses legitimiert. Das Ermittlungsverfahren gegen zwei Personen brachte endlich den Vorwand, drei politische Wohngemeinschaften gründlich auszuschnüffeln. Wiederum einige Monate später wurde dann die Eröffnung des Ver-

fahrens vor einem Schöffengericht bekanntgegeben und nun Anfang Oktober durchgeführt. Zu diesem Zeitpunkt wurde klar, welche Dimension diesmal die Unterdrückung und Abschreckung erhalten sollte. Ein Schöffengericht ist zwangsläufig nur dann anzurufen, wenn eine Freiheitsstrafe von mehr als einem Jahr im Rahmen des Möglichen ist, bzw. verhängt werden soll.

Diese Linie war dann auch am Tag des Prozesses schon vor Beginn der Verhandlung erkennbar. Ein starkes Polizeiaufgebot vor dem Gebäude, Posten vor dem Eingang in den Verhandlungssaal sowie Zivile im Zuschauerraum selbst. Erfreulich, daß dieser mit ca. 50 Leuten restlos gefüllt war, welche vor ihrem Eintreffen noch die Parole "Erst fallen die Masten ... dann ihr" am Gebäude des Amtsgerichtes lesen konnten.

Zunächst verlasen dann beide Angeklagte eine allgemeine politische Einschätzung dieses Verfahrens und begründeten damit gleichzeitig ihre absolute Ablehnung, im Rahmen dieses Prozesses in irgendeiner Weise kooperativ zu sein. In der anschließenden Vernehmung sowohl des Spitzels, der die Verteilung beobachtet haben will, als auch des obersten Rosenheimer Staatsschützers durch den Verteidiger wurde vor allem eines deutlich: Trotz ungenauer Beschreibungen standen Täter und Täterin von vornherein fest. Und so mußte dieser "Vorverdacht" nur noch mit windigen, undokumentierten und damit nicht nachvollziehbaren Lichtbildvorlagen "bestätigt" werden.

Doch diese Beweisspielchen waren für den Staatsanwalt offenbar nur ein untergeordneter "Nebenkriegsschauplatz". In seinem Plädoyer ging er auf diese Punkte nur kurz ein, die wahre rethorische Größe entfaltete er bei seiner Bewertung des Flugblattinhaltes:

Verfasser bzw. Verteiler eines solchen Machwerkes haben im Kreise unserer Grundordnung, welche im übrigen auf Tschernobyl nachdenklich reagiert hat, nichts zu suchen, sie gehören im Prinzip hinter Gitter. Wer die Ausweitung des § 129a kritisiert, verteidigt Mord und Totschlag und befindet sich damit auf der selben Stufe wie diese Verbrecher. Zwar kann man die Parole am Gerichtsgebäude den Angeklagten generell nicht anlasten, doch auch der Sympatisantenkreis lasse Rückschlüsse auf sie selbst zu: Richter, Staatsanwälte, Schöffen und überhaupt alle Politiker sollen umgelegt werden. Fazit: Zur generellen Vorbeugung und Wahrung des Rechts kommen nur 9 Monate Freiheitsentzug für 5 Jahre auf Bewährung + 2000.- DM Geldbuße in Frage.

Eine Woche später folgte dann das Urteil: Freispruch, da weder der Wille der Angeklagten, zu einer konkreten Straftat aufzufordern, noch der in diese Richtung gehende objektive Charakter des Flugblatts beweisbar seien. Es läge eine bloße Befürwortung vor.

Zur Bewertung dieses Ausganges zwei Punkte, die eigentlich nur eines beweisen sollen: Es gibt keinen Grund zu jubeln und wieder seinen Frieden mit diesem "Rechtsstaat" zu schließen.

Oberstes Ziel der Justiz in diesen politischen Prozessen ist es, eben gerade die politische Komponente auszuklammern, eine nur juristische, anscheinend objektive Argumentation zu führen. Und in diesem Rahmen hat das Flugblatt einfach nicht genug hergegeben, auch wenn das Gericht hundertmal die Ausführungen des Staatsanwaltes als richtig empfindet. Gerade in der jetzigen Situation, in der auch die Befürwortung von Straftaten bald wieder kriminell sein wird, ist es für eine schlüssige Verurteilung wichtig, zwischen Aufforderung und Befürwortung zu trennen. Nur etwas später, und es hätte eine Verurteilung gegeben. Und so dient dieser Freispruch letztendlich dazu, Meinungen, Gedanken und Diskussionen in Zukunft besser kriminalisieren zu können.

Der zweite Punkt: Trotz dieses Freispuches war es im Rahmen der Ermittlungen den Rosenheimer Staatsschützern und der Staatsanwaltschaft möglich, ein gesamtes Haus mit engagierten Leuten zu durchsuchen und damit auszuleuchten. Neben dem direkten Nutzen für die Erkenntnissammlung hat eine solche spektakuläre Aktion noch eine andere Funktion: Den Betroffenen, aber auch allen anderen, die in dieser Gegend noch kritische Meinungen äußern, soll unmißverständlich klar gemacht werden, daß sie von Seiten des Staates mit allem zu rechnen haben. Einige werden schon durch diese Maßnahme als "kriminell" dargestellt, alle sollen eingeschüchtert werden. Gleichzeitig haben wir aber in den letzten Monaten gemerkt, daß bei vielen, die von dieser Aktion der Polizei erfahren haben oder bei dem Prozeß selbst anwesend waren, nicht Angst und Einschüchterung, sondern Empörung und Wut entstanden sind. Wenn wir zusammenhalten und einsehen, daß wir alle gemeint sind, wird diese Strategie des Staates keinen Erfolg haben. Und nur dann können wir weiter konsequente Politik in Rosenheim und anderswo machen.

P.S.: Die Staatsanwaltschaft hat sofort nach Bekanntgabe des Urteils Berufung eingelegt.

Unterstützt den Rechtshilfefond! Spendenkonto: Raiffeisenbank Rosenheim, Nr. 45337399

Patriarchat, "Volksfront" und Autonome

Was ist bisher passiert?

In den letzten Monaten sahen sich verschiedene revolutionäre Organisationen und Zusammenhänge mit dem Thema "Patriarchat" bzw. Vergewaltigung konfrontiert. Die Auseinandersetzungen, die sich hieraus entwickelten, haben durch verschiedenste Ausschlüsse aus Bündnissen etc. einen neuen Höhepunkt gefunden. Aus dieser Situation heraus haben wir uns entschlossen, eine Analyse der Vorfälle und des Themas an sich zu machen. Zu Anfang wollen wir feststellen, auch und vor allem als Selbstkritik, daß es erst durch bestimmte Vorfälle und Vorgänge zu einer jetzt beginnenden Auseinandersetzung und Befassung mit diesem Thema gekommen ist. Wir müssen objektiv feststellen, daß wir die Notwendigkeit einer Auseinandersetzung bisher für nicht notwendig hielten (bei uns wird ja schließlich keine Frau vergewaltigt) bzw. unterschätzt haben. Außerdem wollen wir in unserem Artikel Kritik an der Art und Weise, wie Diskussionen geführt werden, anbringen - Stichworte Ausschlüsse, Anpissereien, Macker(innen)verhalten auf Diskussionen.

In norddeutschen autonomen Antifa-Zusammenhängen gab es kontroverse Diskussionen um einen Vergewaltiger in Bielefeld, z.T. soll es Ausschlüsse gegeben haben.

Am 2. April 1987 wurde die Vertreterin der "Volksfront" Hamburg aus dem dortigen antifaschistischen Bündnis ausgeschlossen.

In süddeutschen autonomen Antifa-Zusammenhängen gab es wegen der Thematik Patriarchat, Umgang mit Vergewaltigern und Mackerverhalten in einigen Strukturen Meinungen, die Antifaschistische Aktion München auszuschließen.

Auf einem Vorbereitungsplenum zu der Demonstration in Stuttgart anläßlich des 10. Jahrestages der Ermordung von GenossInnen aus der RAF wurden drei Vertreter der "Volksfront" aus dem Bündnis geworfen, weil sie keine Stellungnahme zu der These "Vergewaltigung sei Privatsache" abgeben wollten bzw. wegen ihres Verhaltens, das sie an den Tag legten.

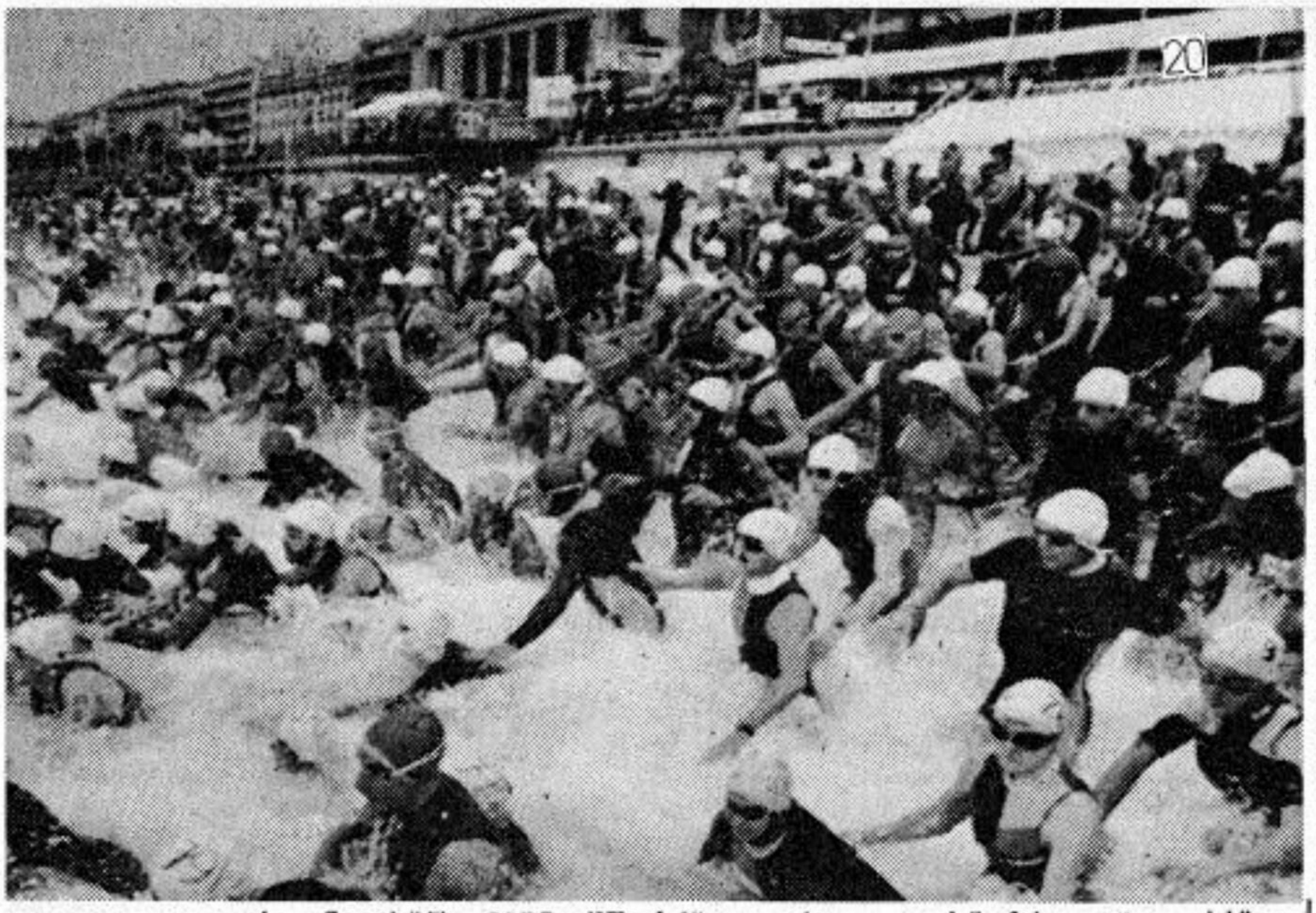
Bei einem ähnlichen Treffen in Westberlin kam es zum Ausschluß aller "Volksfront"-MitgliederInnen.

Auseinandersetzungen zwischen "Volksfront" und "Autonomen"

Nachdem die Vertreterin der "Volksfront" Hamburg aus dem "Antifaschistischen Bündnis" geflogen ist, kam es zu einer Konfrontation zwischen "Volksfront", FAU/R, BWK und Autonomen. Zitat VF zum Ausschluß: "Anlaß dazu war nicht etwa eine tiefgehende politische Meinungsverschiedenheit in Fragen des antifaschistischen Kampfes, sondern das Vertreten einer differenzierten Sichtweise zur Ursache von und zum Umgang mit Vergewaltigern. Eine abweichende Meinung zu einer dieses Bündnis nicht betreffenden Frage."

Wie sich hinterher herausstellte, war diese Stellungnahme zum Ausschluß nicht unbedingt Konsens innerhalb der VF Hamburg. Wie dem auch sei, die Autonomen konnten nicht akzeptieren, daß mensch Antifaschismus und Patriarchat getrennt voneinander behandeln könne. Ein weiterer Streitpunkt war die Frage, ob mensch jemanden, der sich als Revolutionär bezeichnet und dann eine Frau vergewaltigt, bzw. einem Vergewaltiger allgemein, eine gewisse Bewußtseinsentwicklung zugestehen soll, d.h. ihn evtl. nach einiger Zeit zu "rehabilitieren" oder ob eine derartige Tat ein tiefgehender Vertrauensbruch - politisch wie moralisch - ist, der eine weitere Zusammenarbeit auf politischer Basis unmöglich macht. Hierbei ging es um die Frage, inwiefern das Sein das Bewußtsein bestimmmt, ob mensch nur ein willenloses Opfer der gesellschaftlichen Umstände ist.

Von der "Volksfront" wurde außerdem bezweifelt, daß ihre Position zum Patriarchat der Grund für den Ausschluß war. Es wurde vermutet, daß Bündnis wolle sich nur um eine "inhaltliche Diskussion in antifaschistischen Fragen" herumdrücken. Aus einigen Erfahrungen heraus können wir es zwar nicht ausschließen, daß es noch andere Gründe gab, die in der Diskussion unterdrückt wurden. Ob sie jedoch der Hauptgrund waren, ist fraglich. Eine endgültige Einschätzung und Beurteilung dieser Ereignisse ist uns im Augenblick mangels Informationen nicht möglich. Wir können uns hier nur auf zwei Stellungnahmen der VF Hamburg und den offenen Brief des "Antifa-Bündnis" beziehen. Da steht z.B. in der Antwort der VF: "Lochte lacht. Der Hamburger Verfassungsschutzchef hat auch allen Grund dazu. Da müht er sich tagtäglich ab, um die Autonomem von allen anderen Linken zu isolieren - und dann macht ein Teil der



Autonomen sein Geschäft ganz umsonst, denn die besten Mitarbeiter sind die, die wir nicht bezahlen, sagt er." Die Autonomen als Hilfstruppen von Lochte zu bezeichnen, ist nach den Sachen, die wir bis jetzt über die Vorfälle wissen, daneben. Zusammenarbeit kann es nicht um jeden Preis geben, und auch ein Bündnis muß mehr sein als reine punktuelle Zusammenarbeit zu aktuellen Themen. Zur "Verteidigung" der VF Hamburg muß gesagt werden, daß dort - zumindest jetzt nicht mehr - niemand die These vertritt, daß Vergewaltigung Privatsache sei. Inzwischen gibt es dort eine Arbeitsgruppe, die sich mit dieser Problematik beschäftigt und konkrete Positionen dazu erarbeiten will. Es wurde anscheinend als Fehler angesehen, sich mit diesem Thema nicht ausreichend beschäftigt zu haben.

Zu einer Konfrontation zwischen einigen VF-Mitgliedern sowie Autonomen und AntiimperialistInnen kam es auch auf einem Vorbereitungstreffen in Süddeutschland zur Stammheimdemonstration. Hier gab es auch Widersprüche innerhalb der VF und wir können auf den Brief von vier Noch-VF-MitgliederInnen verweisen (s. Freiraum Nr. 19). Was u.a. fehlt sind die nicht genannten Peinlichkeiten, d.h. konkret wurden die PlenumsteilnehmerInnen mit "Meine Herren" angeredet, weiterhin wurde eine Frau mit "Oh Mädel" angesprochen und beigebracht, daß sie ihren "Blödsinn" sein lassen solle, ihre beabsichtigte Rede wurde unterbrochen. Die ganze Diskussion um eine Stellungnahme zum Thema Vergewaltigung und Patriarchat wurde belächelt und als unwichtig abgetan, z.B. durch Argumente, daß sie "seit 15 Jahren keine persönlichen Stellungnahmen" gegeben hätte.

Weiter wurde in Westberlin die gesamte VF aus einem Vorbereitungsplenum zwecks Stammheim-Demo ausgeschlossen. Zu disem Vorgang wissen wir ziemlich wenig. Aufgrund einer inzwischen erfolgten Stellungnahme der VF Westberlin besteht auf jeden Fall für weitere zukünftige Ausschlüsse kein Grund, vielleicht wurde im Zug der Ereignisse in Hamburg und Süddeutschland auch vorschnell gehandelt, hier Auszüge aus der Stellungnahme: "... Wir können uns nicht vorstellen, mit jemandem, von dem eine Vergewaltigungshandlung bekannt ist, gemeinsame politische Arbeit zu machen. Nicht, weil wir die "moralisch Besseren" wären, frei von verdorbenen Strukturen, die sich nicht mit einem "beschmutzen" können, der den Stempel Verbrecher träge, sondern weil eine Vergewaltigung einen tiefen Vertrauensbruch bedeutet, genauso wie Verrat und Denunziation. Trotzdem finden wir es nicht richtig, jemanden auszuschließen, ohne ihm zuzugestehen, sein Verhältnis zu anderen zu überprüfen und (sich) zu verändern. Ob und wie die betreffende Person das tatsächlich macht, muß man dann im konkreten Fall sehen und dann entscheiden, inwieweit man noch etwas miteinander zutun haben will. ... Wir in der VF Westberlin (haben) die Diskussion zum Thema Vergewaltigung begonnen ... und wir (sind) bereit ..., uns mit allen auseinanderzusetzen, die auch an einer solchen Auseinandersetzung interessiert sind."

Mitarbeit in der "Volksfront"?

Vor kurzem fand der Bundeskongreß der VF statt. Ein positiver Ansatz ist es, daß dort eine bundesweite Arbeitsgruppe Frauenfrage/Patriarchat eingerichtet wurde, wo auch die oben genannten Vorfälle angesprochen und diskutiert wurden. Es ist zu hoffen, daß diese Diskussion weitergeht. In mindestens drei Städten soll es Arbeitsgruppen zu dem Thema geben, wir erwarten, daß dies auch in anderen Städten der Fall sein wird.

Wo jedoch unsere Kritik ansetzt, ist die Tatsache, daß dieses Thema nicht ausreichend auf dem Plenum angesprochen wurde. Es geht jedoch auch darum, patriarchale Tendenzen innerhalb der eigenen Strukturen zu bekämpfen. Patriarchat ist kein Thema, das in einer AG behandelt werden kann, dazu muß sich jede/r einen Kopf machen. Allerdings schaut es in "autonomen" Zusammenhängen auch nicht besser aus, dies ist ein allgemeiner Vorwurf.

Anarchistische Genossen haben sich in den VF-Bundesvorstand wählen lassen, um Einfluß auf die Politik der VF zu wahren. Über Sinn und Unsinn eines solchen Handelns gibt es bei uns verschiedene Meinungen.

Probleme sehen wir vor allem in der inneren Stuktur der VF. So bekamen mehrmals GenossInnen von uns Schwierigkeiten, Artikel in den Antifaschistischen Nachrichten und in anderen Publikationen durchzusetzen. Konkret hatte sich die "Redaktion" der Antifa-Nachrichten geweigert, die Stellungnahme ihrer Münchner MitgliederInnen abzudrucken. In der Begründung der Zensur war von Beleidigung, Intrigen, etwaigen Streitigkeiten, die daraus resultieren können und die doch bitte vermieden werden sollen die Rede. Überhaupt sei es doch gar nicht so sicher, ob alles der Realität entspreche. Die Schiedskommission wurde erwähnt. Westberliner VF-MitgliederInnen wurde verweigert, einen Artikel zum Thema politisches Strafrecht/Stammheim abzudrucken, weil von Morden an den Gefangenen die Rede war. Die Befürchtung vor staatlichen Maßnahmen war möglicherweise nicht der einzige Grund. Zu diesem Komplex ist noch zu sagen, daß es auch Ansätze zum Besseren gibt, es soll ein Redaktionsstatut geben, die Landesverbände sollen an der Redaktion mitwirken. Weiter ist Konsens, daß verschiedensten fortschrittlichen Kräften die Mitarbeit in der VF unvoreingenommen ermöglicht werden soll. Es besteht die Möglichkeit, daß aus der VF eine breite antifaschistische Organisation wird. Probleme sind aber immer noch die überwiegend zentralistischen Strukturen und die Diskrepanz zwischen Namen und Anspruch "Volksfront" und den tatsächlichen Verhältnissen. Positiv ist, daß die VF inzwischen in verschiedenen Städten zu breiten antifaschistischen Bündnissen beigetragen hat und oft Bindeglied zwischen autonomen und gemäßigten antifaschistischen Kräften ist. Die Lage ist also nicht hoffnungslos.

Auseinandersetzung unter den "Autonomen"

Die Art und Weise des bisherigen Verlaufs der Patriarchatsdiskussion wollen wir hier hart kritisieren. Vorweg aber, um Mißverständnisse zu vermeiden, wir halten die Diskussion über das Thema für sinnvoll und wichtig. Der Ausspruch von Emma Goldmann "Anarchisten auf der Straße, Patriarchen zuhause" trifft (auch) bei den "Autonomen" voll zu. Traurig ist, daß diese Diskussion erst jetzt nach einer wiederaufgewärmten Vergewaltigungsgeschichte in Bielefeld läuft. Noch trauriger ist der Inhalt dieser Diskussion: Hauptsächlich geht es darum, sich formal von Vergewaltigern in den eigenen Reihen zu distanzieren. Inzwischen ist klar, und das ist auch

selbstverständlich, daß niemand politisch mit "Vergewaltigern" zusammenarbeiten will und daß die Patriarchatsfrage Thema ist. Das Damoklesschwert der Ausschließung bräuchte also in den Diskussionen nicht mehr über den Köpfen zu schweben. Bedenklich finden wir es aber, daß bereits Gruppen, die mit Leuten noch zusammenarbeiten, die ihrerseits mit "Vergewaltigern" zusammenarbeiten, der Ausschluß angedroht wird/wurde. Weiter scheint es darum zu gehen, eine bestimmte Linie bei der Diskussion durchzusetzen. Wer vielleicht in einigen Punkten andere Meinungen oder sogar Widersprüche hat, gerät ebenfalls in Ausschlußgefahr. Oder wer z.B. zugeben muß, jetzt gerade noch keine Diskussion in der Stadt oder in der Gruppe zu führen. In letzterem Fall wird dann auch nicht berücksichtigt, daß es vielleicht schon früher solche Diskussionen vielleicht mit/in anderen Gruppen laufen. Die Notwendigkeit einer Diskussion wurde unseres Wissens nirgends abgestritten, aber darum scheint es nicht zu gehen. Wer die Bedeutung der Patriarchatsdiskussion propagiert und dann gleichzeitig in kurzer Zeit Ergebnisse und angeglichene Meinungen erwartet, der/die argumentiert nicht ernsthaft. Im Widerspruch zur Bedeutung der Patriarchatsdiskussion, die ja auch auf Makkerstrukturen etc. abzielt, befindet sich auch das Verhalten auf den Diskussionen selbst (siehe hierzu FREIRAUM Nr. 19).

Zusammenarbeit mit "Autonomen"?

Die eigentliche Bedeutung der Patriarchatsdiskussionen wird unserer Meinung nach unter den "Autonomen" völlig unterschätzt bzw. falsch gesehen. Wir sehen z.B. eine klaren Zusammenhang von Patriarchatsdiskussion und Militanz- bzw. Perspektivdiskussionen. Mackerverhalten, männliches Überlegenheitsgefühl, Militanz als Selbstzweck sind hier einige Stichpunkte.

Nicht nur bei Diskussionen wie oben geht es bei uns uferlos zu, das ist allgemein bei Diskussionen der Fall. Wer lauter brüllt und wer rücksichtsloser andere wegdrängt, kommt dran oder findet Gehör. Unterschwellig lassen sich auch patriarchale Tendenzen auf Demos etc. erkennen, mit dem Argument physischer Überlegenheit (wenn nicht sogar intellektueller) werden Frauen in eine passive Rolle gedrängt. "Selbstverwirklichung durch Militanz" steht bei den "Autonomen" hoch im Kurs, doch dies läßt sich z.T. auf typisch männlich/patriarchales Verhalten zurückführen, Männer müssen sich im "Krieg" bewähren, müssen sich als der Sieger erweisen. D.h. nicht, daß Militanz abzulehnen ist, wir sehen bei den "Autonomen" nur die weitverbreitete Tendenz, Mittel (Gewalt) zum Selbstzweck zu machen. Das zeigt sich auch daran, daß eher am Äußeren und am "militanten" Gehabe festgemacht wird, wer ein "Autonomer" ist und wer nicht. Dabei müssen wir viele "autonome" Frauen kritisieren, daß sie, statt die Mißstände anzuprangern und zu bekämpfen, versuchen, die "besseren" Männer zu sein, ein Verhalten, das eigentlich für die bürgerliche Frauenbewegung charakteristisch ist. Unserer Meinung nach geht es jedoch um die Köpfe der Menschen. Hierzu ein Zitat aus der SZ, das wir nicht für eine Einzelmeinung halten:

"Gewalt ist eine Form der Selbstverwirklichung. Es kann noch so sinnlos sein - wenn Du auf die Sachen, die Du haßt, auf Nazi- oder Bullenwagen, auf Bauten, die die Umwelt zerstören, voll die Steine wirfst, wenn die Rollen des Alltags mal verdreht werden, das ist so ein geiles Gefühl, das gibt es überhaupt nicht. Da tue ich echt etwas für mich."

In diesem Zusammenhang können wir nach unseren bisherigen Erkenntnissen auch die Ereignisse in Frankfurt beurteilen. Dabei ist es unwichtig, ob der VS oder ein anderer Geheimdienst seine dreckigen Hände mit im Spiel hatte. Fest steht, daß es **möglich** ist, daß die Aktion aus "unseren" Reihen kam. Irgendwelche Bullen nur zu dem Zweck, daß mal irgendwelche Bullen draufgehen, umzulegen, halten wir für politisch, moralisch und in diesem Fall auch militärisch für völlig schwachsinnig. Unsere wahren Inhalte, politischen Ziele und unsere revolutionäre Perspektive kann durch solche Aktionen einen schweren Schaden erleiden.

Bezeichnend finden wir es auch, daß "Autonome" und AntiimperialistInnen sich nach Sprengstoffanschlägen gegen **private** US-Fahrzeuge in einem **Wohngebiet** für Soldaten und ihre Familien (1982) darüber freuten, nur stellte sich hinterher "leider" heraus, daß es Faschos waren. Wenn unser Vorgehen sich also nicht vom Vorgehen der Faschisten unterscheidet, dann muß ziemlich viel im Argen liegen. Militanz muß wieder ihren richtigen Stellenwert bekommen, d.h. Militanz ist zwar **notwendiges** Mittel, aber eben nicht Selbstzweck oder Ziel. Das Ziel ist die HERRschaftsfreie Gesellschaft.

Was bei den "Autonomen" noch auffällt, ist die riesige Diskrepanz zwischen inhaltlicher Arbeit und Aktionismus. Machen vielleicht die K-Gruppen den Fehler, zuviel inhaltlich und zuwenig praktisch zu arbeiten, ist es hier genau andersherum, was mindestens genauso schlimm ist, vor allem da einige "Autonome" mit ihren Aktionen sehr weit gehen. Die geringe Kontinuität "autonomer" Arbeit, die ständigen personellen Fluktuationen etc. sind da kein Wunder, es kann gar nicht anders sein bei diesen Zuständen. Zum Glück wird diese Tatsache z.T. erkannt, und es ist auch nicht immer so. Die Diskussionen auf den libertären Tagen waren ebenfalls ein erheblicher Fortschritt. Also auch hier noch Platz für Hoffnungen.

Thesen zum Patriarchat

Die Unterdrückung der Frau war zu allen Zeiten eine der wichtigsten Stützen des jeweiligen HERRschaftssystems. Ohne das Patriarchat wäre weder Kapitalismus, Imperialismus, Faschismus noch sonst irgendeine organisierte Unterdrückung denkbar. Patriarchale Strukturen gab es bis jetzt in jeder Gesellschaftsform; ohne die Rolle, die die Frau in diesem Staat zu erfüllen hat, würde dieses System Schwierigkeiten haben, sich noch länger aufrechtzuerhalten. Am direktesten betroffen vom patriarchalen Terror imperialistischer Staaten sind jedoch die Frauen in der sogenannten "Dritten Welt". Sie werden zur Sklaverei gezwungen, ansonsten droht ihnen die existenzielle Vernichtung. Sie werden gezwungen, nicht nur ihre Arbeitskraft, sondern sich selbst zu verkaufen, sich menschenverachtenden Lebens- und Arbeitsbedingungen zu unterwerfen. Sie werden ausgebeutet - als Frauen und als Bewohnerinnen der "Dritten Welt". Diese Frauen sind nicht nur Rädchen im System; sie sind das Triebwerk, das den Wahnsinn der weltweiten Unterdrückung am laufen hält.

Nun zur Aufgabe, die MANN Frauen speziell in diesem Staat (aber auch überall sonst) zugedacht hat. Frauen sind funktionalisiert zu Fick- und Gebarmaschinen, die das jeweils benötigte Menschenmaterial nachzuzüchten haben, sie stehen an der untersten Stufe der Gesellschaftshierarchie und haben von der Seelentrösterin für den ach so geplagten Mann bis hin zur Verrichtung minderwertiger, unterbezahlter Arbeiten alle Drecksarbeiten für den Staat zu leisten. Sie sollen die Arbeitskraft ihres Ehemannes reproduzieren und seine Ausbeutung und Unterwerfung in der Arbeit dadurch ausgleichen, daß sie ihm die Möglichkeit geben, sich an ihnen abzureagieren. So bekommt auch ER ein Stück vom Autoritätskuchen und findet alles nicht mehr ganz so schlimm. Knechten und geknechtet werden. Schließlich darf er ja nicht auf dumme Gedanken kommen und seinen Haß an - sagen wir mal seinem/r ChefIn - ablassen. Frauen sollen außerdem ihren Kindern beibringen, wie mensch sich in diesem System zu verhalten hat: Unterwürfig, kriechend, unselbständig, feige oder dominant, brutal und rücksichtslos. Letztendlich sollen sie sich dann noch für einen Hungerlohn an die KapitalistInnen verkaufen, die auf ihre Arbeitskraft angewiesen sind. Sowas heißt dann Emanzipation und wird gefeiert als positive Entwicklung hin zur Gleichstellung von Mann und Frau (ja, ja ... gleich beschissen!).

Wir dürfen jetzt nicht den Fehler machen, die ganze Scheiße, die hier läuft, allein am Patriarchat festzumachen. Es gibt auch andere Formen von Mackerstrukturen - auch bei Frauen. Der Kampf gegen die Sklaverei der Frau muß unbedingt Kampf gegen dieses Scheißsystem und alle autoritären Strukturen heißen. Unser Ziel kann es aber auch nicht sein, den Kapitalismus abzuschaffen und Machtstrukturen wie das Patriarchat zu behalten. Ohne Frauenbefreiung keine Revoultion - ohne Revolution keine Frauenbefreiung!

Wie weiter?

In allen revolutionären Organisationen und Zusammenhängen muß das Thema Patriarchat umfassend behandelt werden. Ansätze müßten u.a. sein:

- Untersuchung, warum Frauen in der Regel die Minderheit in revolutionären Zusammenhängen darstellen.
- Untersuchung der internen Strukturen, wo sind autoritäre und patriarchale Tendenzen vorhanden.
- Warum gibt es in einzelnen Städten revolutionäre Frauengruppen, warum gibt es sie in anderen Städten wiederum nicht? Gibt es sie etwa, weil die Frauen keine andere Möglichkeit sehen, ihre Interessen durchzusetzen?
- Der Zusammenhang mit der Militanzdebatte und der Perspektivdiskussion muß hergestellt werden.

Zu den Ausschlüssen wollen wir feststellen, daß sowas nicht aufgrund von Verdächtigungen und Gerüchten erfolgen darf; die Ausschlüsse (bzw. "freiwilliges" Gehen) der drei VF-Mitglieder in Stuttgart halten wir z.B. für richtig, bezeichnenderweise hatten diese drei trotz interner Kritik es bisher nicht für nötig befunden, sich dazu zu äußern. Es kann auch nicht darum gehen einen Sündenbock zu finden, zwecks Selbstbeweihräucherung. Wenn auf gemeinsamen Plenen nur VF-MitgliederInnen sich zur Patriarchatsdiskussion äußern müssen und wenn "Autonome" über jeden Verdacht erhaben sind, stellt sich die Frage, ob nicht etwa Ablenkung von sich selber mit im Spiel ist.

Wir verstehen diesen Beitrag nicht als Ende der Auseinandersetzung, sondern als Anregung in allen revolutionären Zusammenhängen die Diskussion fortzuführen.

Drei Genossen aus "Volksfront", AAU und M.a.F.i.A. (Münchner anarchistische Fraktion innerhalb der Autonomen)

Es lebe die soziale Revolution!

Am Beispiel Frankfurt hat sich wieder einmal gezeigt, wie wichtig es ist, die Militanzdebatte zu führen, klare Positionen zu Militanz und Gewalt zu beziehen. Der folgende Artikel ist eine Zusammenfassung eines Readers, der für DM 2,- bei unserer PLK bestellt werden kann.

Die meisten AnarchistInnen sind sich heute einig, daß dieser Staat - wie jeder andere auch - durch eine gewaltsame Revolution beseitigt werden muß. Diese gewaltsame Revolution ist jedoch nur ein MITTEL zur Erkämfpung einer freien Gesellschaft, nicht der eigentliche INHALT des Anarchismus. In vielen Fällen hat sich Gewalt heute verselbstständigt und wurde zum Selbstzweck. Einige GenossInnen lehnten deshalb Gewalt als notwendiges Mittel zum Zweck überhaupt ab. Gewaltlosigkeit in der gegenwärtigen Situation zu propagieren, ist jedoch der Untergang jeder revolutionären Initiative. Andere GenossInnen praktizieren genau das Gegenteil - sie freuen sich über **jede** Aktion, wenn sie sich nur gegen Staat, Kapital und Patriarchat richtet.

Es ist deshalb auch unsere Schuld, wenn in großen Teilen der Bevölkerung AnarchistInnen als "eine Art von blutrünstigen Tieren, die von nichts anderem als Mord und Zerstörung träumen" gelten.

Die anarchistische Idee an sich ist jedoch das Ideal absoluter Gewaltlosigkeit. An Stelle autoritärer Gewalt treten Solidarität, freiwillige Initiative und freie Vereinbarung. Als AnarchistInnen können wir auch nicht unseren Willen anderen aufzwingen, ebensowenig, wie wir glauben, unsere Vorstellungen seien ein Dogma - eine unanzweifelbare Wahrheit.

Die Freiheit aber, die wir für jede/n wollen, wird in diesem System von Bullen, Soldaten, Gesetzen usw. zum Schutz des Kapitals unterdrückt. Wir sind gezwungen, unsere Arbeitskraft zu verkaufen, solange die Produktionsmittel und die sozialen Reichtümer im Besitz einer Minderheit sind. Der hieraus resultierende ökonomische Antagonismus - ein Heer von Arbeitslosen, SozialhilfeempfängerInnen, AusländerInnen usw. auf der einen Seite und der verbissene Widerstand der HERRschenden auf der anderen - ist der "beste" Nährboden für ein revolutionäres Potential.

Unsere Aufgabe kann es nur sein, unsere Ideen innerhalb einer revolutionären Bewegung zu vermitteln - wir können eine Revolution weder auslösen noch ihre Richtung bestimmen.

Revolutionäre Gewalt

Wir wissen um unsere Rechte und werden sie - wenn nötig mit Gewalt - erkämpfen! Gewalt ist jedoch nicht unsere Absicht - wir sind dazu gezwungen, um uns gegen Unterdrükkung zu verteidigen bzw. diese zu beseitigen ("Notwehr"). Dabei muß aber differenziert werden zwischen Aktionen, die darauf abzielen, den revolutionären Prozeß (auch unter großen persönlichen Opfern) voranzutreiben und den Verzweiflungstaten Einzelner, die aus blinden Haß- und Rachegefühlen entstehen. Kurz gesagt: Hat mensch vorher Nutzen und Schaden einer Handlung bedacht oder alles dem Zufall überlassen?

Weder Parteien, bürgerliche Presse, Regierung, Kapital noch sonst irgendwer haben jedoch das Recht, sich über Aktionen aufzuregen - ihre Hände sind selber voller Blut. Wir selbst müssen uns über Sinn und Unsinn von Militanz und Gewalt klar werden und dabei immer im Kopf haben, daß dies eigentlich Mittel sind, die unsere Anschauungen verleugnen und nur die derzeitige Notwendigkeit uns zwingt, sie anzuwenden. Alles, was darüber hinausgeht, kann nicht in unserem Interesse liegen. Allerdings muß die Gewalt, die nötig ist um dieses System zu zerschlagen, auch konsequent angewendet werden: "Die Anarchisten sind frei von Heuchelei, Gewalt muß

mit Gewalt beantwortet werden: Heute gegen die Unterdrücker von heute, morgen gegen die, die versuchen sollten, den Platz der heutigen einzunehmen." "Nur auf den Trümmern dieses Systems kann der freiheitliche Kommunismus, der ANARCHISMUS aufblühen."

Das ist revolutionäre Gewalt: Sie richtet sich vor allem gegen das System, nur im Notfall gegen Menschen. Nicht der/die GegnerIn an sich muß ausgeschaltet werden, sondern deren/dessen Funktionieren im System.

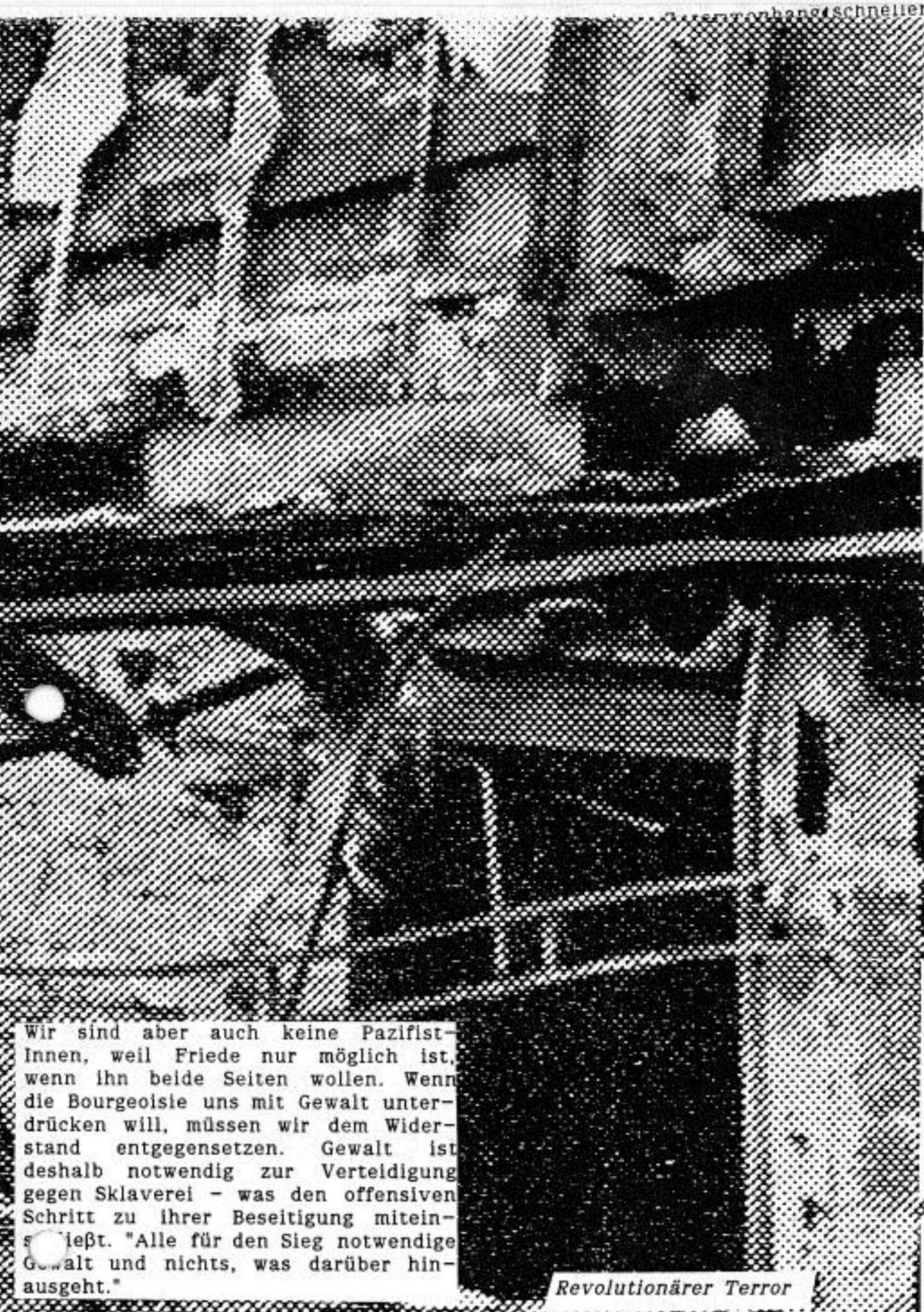
Revolutionäre Organisation

Eine Organisation, die zur Zerschlagung dieses Staates notwendig ist, muß jedoch nicht absolut anarchistisch aufgebaut sein. Sie darf nicht hierarchisch und zentralistisch sein, muß aber unter Umständen auch militärische Strukturen akzeptieren, um wirkungsvoll agieren zu können.

Grundsätzlich muß aber unterschieden werden zwischen dem brutalen Krieg, der den Interessen der Herrschenden dient und einer gewaltsamen, sozialen Revolution, in der Gewalt zum Mittel gegen Unterdrückung wird und in der Menschen auf freiem Entschluß für die eigene Sache kämpfen. Im Gegensatz zur skrupellosen und egoistischen Anwendung von Gewalt existiert für uns eine revolutionäre Moral. Ob Gesellschaften lebendig sind oder zugrunde gehen, richtet sich letztendlich danach, ob Solidarität und Liebe oder Haß und Kampf vorherrschen. Moral in unserem Sinn ist vom offiziellen Moralbegriff, der nur dazu dient, die Privilegien und die Gewalt der Herrschenden zu schützen, verschieden. Sie bedeutet menschliche Gerechtigkeit, Liebe, Freiheit und orientiert sich an unseren Interessen.

In unseren Aktionen und in einer Revolution muß auch dieses Ziel deutlich werden, ansonsten würde ein Aufstand zum brutalen Kampf ohne das Licht eines Ideals. Im Gegensatz zu denen, die uns unterdrücken, haben wir moralische Ziele. Gewalt ist ein notwendiges und moralisches Mitel, wenn sie dazu dient, Unterdrückung zu bekämpfen; unmoralisch, wenn sie die Freiheit anderer verletzen will. Leider wird das heute oft vergessen - aus RevolutionärInnen werden GewalttäterInnen.

Gewalt getrennt von Moral zu sehen, heißt die Revolution von ihrem Ziel zu trennen.



Die Verteidigung der Revolution kann nur dadurch geschehen, daß mensch der Bourgeoisie die ökonomischen Mittel der Herrschaft nimmt, radikal alle bürgerlichen Institutionen zerstört, alle bewaffnet und das ganze Volk am Sieg beteiligt.

"Müßte man, um zu siegen, auf öffentlichen Plätzen Galgen errichten, so will ich lieber unterliegen. (...) Müßte man nämlich, um zu leben, auf die Gründe und Ziele des Lebens verzichten, müßte man zur Verteidigung der Revolution auf die Errungenschaften verzichten, die erstes Ziel der Revolution sind, dann wäre es besser, ehrlich zu unterliegen und das Recht der Zukunft zu retten, anstatt durch den Verrat an der eigenen Sache zu siegen."

Terror darf nicht Mittel unserer Politik werden. Es ist zwar verständlich, wenn Menschen auf die ständige Unterdrückung, die Grausamkeiten und Repressionen der Herrschenden mit blindem - wenn auch insofern gerechtem - Haß reagieren. Terror gefährdet jedoch die Revolution mehr als er ihr nützt: Er trifft die am wenigsten Verantwortlichen. Unser Ziel ist es nicht, die Bourgeoisie dem Proletariat zu unterwerfen, sondern beide abzuschaffen.

Gewalt und bewaffneter Kampf

Im Unterschied zur Gewalt gegen Menschen wird Gewalt gegen Dinge heute von den meisten AnarchistInne allein nach den Kriterien der Effektivität beurteilt. Inwiefern eine Aktion moralisch oder unmoralisch ist, richtet sich danach, ob sie von der Bevölkerung verstanden wird, d.h. ob sie unseren Grundsätzen entspricht oder eben nicht.

Der bewaffnete Kampf, wie er zur Zeit bei uns praktiziert wird, kann nur exemplarischen Charakter als "Propaganda der Tat" haben, da wir uns nicht in einer (vor-)revolutionären Situation befinden. Seine Aufgabe besteht darin, zur Revolte zu stimulieren, indem ein revolutionäres Bewußtsein in den Massen geschaffen wird. Ein weiteres Charakteristikum ist das Verhältnis Aufwand - Ergebnis.

Der bewaffnete Kampf ist nur eine Widerstandsform im Kampf gegen den Staat, er darf keine eigene, von der Bewegung getrennte Ideologie haben.

Es gibt keine Steigerung, die bei Demos anfängt und beim bewaffneten Kampf endet. Jede/r nach ihren/seinen Fähigkeiten (Möglichkeiten).

Unsere Aktionen müssen unser Ziel vermitteln, der Zweck heiligt deshalb **nicht** die Mittel.

Eine Revolution, die ihr Ziel verliert, unterschreibt ihr eigenes Todesurteil (siehe Spanien).

Macht kaputt, was euch kaputt macht!

Wir sind aber auch keine PazifistInnen, weil Friede nur möglich ist, wenn ihn beide Seiten wollen. Wenn die Bourgeoisie uns mit Gewalt unterdrücken will, müssen wir dem Widerstand entgegensetzen. Gewalt ist deshalb notwendig zur Verteidigung gegen Sklaverei - was den offensiven Schritt zu ihrer Beseitigung miteinschließt. "Alle für den Sieg notwendige Gewalt und nichts, was darüber hinausgeht."

Revolutionärer Terror

Die Geschichte ist voll von Ungerechtigkeiten und grausamer Unterdrückung auf der einen und wilden Rebellionen auf der anderen Seite. Die, die jeweils die Macht hatten - ob sie sich nun Linke, Rechte oder sonst was nannten - versuchten, ihre Stellung mit Gewalt zu halten, sie schufen Zwangsorgane (Bullerei, Bonzenwehr usw.) und befanden sich im ständigen Krieg gegen das Volk. Das ist heute nicht anders - auch wenn viele ihre Lage (noch) nicht erkennen. Da beschwören uns die HERRschenden, das menschliche Leben sei unantastbar und meinen doch IHR Leben, IHRE Interessen; ihre Hände sind voll von unserem Blut.

Wo jedoch die Notwendigkeit der Befreiung aufhört, hört auch die Notwendigkeit anarchistischer Gewalt auf. Unsere Gewalt resultiert aus der Liebe zu den Menschen, sie zielt ab auf die Befreiung aller, nicht auf die Ersetzung der Herrschaft der anderen durch die eigen.

"Sollte es nötig sein, der Masse - um sie besser lenken zu können - Zügel in Gestalt einer neuen Gewaltherrschaft anzulegen, so lassen wir lieber zu, daß sie ihrem leidenschaftlichen Gefühl folgt, aber vergessen wir nie, daß wir Anarchisten weder Rächende noch Richtende sein können. Wir wollen Befreier sein und als solche muß unsere Aktion in Aufklärungsarbeit und beispielhaften Taten bestehen."

Terror ist ein Werkzeug der Gewaltherrschaft - auch wenn er sich "revolutionär" nennt. Rußland mag uns als Beispiel dienen. Die Verfolgung von AnarchistInnen und SozialistInnen, das Massaker an rebellischen ArbeiterInnen und BäuerInnen durch "revolutionäre" Polizei und Armee bedeutete gleichzeitig den Tod der Revolution.

Diktatur und Revolution widersprechen sich - die "Diktatur des Proletariats" ist nichts anderes als die Diktatur der Führer einer Partei über die Bevölkerung.

ANNA hat getrotzt!

PLOP! machen die Gummigeschoßkanonen der Schweizer Bullen, wenn sie aus fünf Meter zu fünfundzwanzigst auf dich zufliegen. Da hilft nur noch bücken und so schnell wie möglich wegrennen. Und Glück braucht man, wenn man in der ersten Reihe steht. Denn Gummigeschosse verursachen auf kurze Distanz sogenannte "Riß-Quetsch-Wunden" (ähnlich wie Platzwunden), die höllisch weh tun und wie verrückt bluten. Mindestens ein Demonstrant ist in der Schweiz durch Gummigeschosse ermordet worden. Mehrere verloren ein Auge.

Gummigeschosse wurden auch am 6.11. in Zürich eingesetzt, um dort ein Haus zu räumen, das ungefähr 60 Menschen besetzt hielten. Dieses Haus war ehemals ein Ausflugslokal mit Hotel, wurde 1982 aber angeblich wegen Brandgefahr geschlossen und sollte abgerissen werden, was aber durch eine Unterschriftenaktion verhindert werden konnte. Eine große Geldsammelaktion wurde gestartet, bei der mehrere Millionen Franken zusammenkamen. Das Geld "verschwand unglücklicherweise".

Dafür aber wurde die Annaburg am 29.10. besetzt. Gleich am ersten Wochenende eröffneten die Besetzer das Cafe wieder, welches bei allen Leuten großen Anklang fand. Nicht zuletzt wegen der Preise, die so kalkuliert waren, daß zwar Geld reinkam, trotzdem aber wesentlich billiger war, als sonst üblich.

Einen solchen Erfolg wollte das Stadtparlament den Besetzern nicht ein zweites Mal ermöglichen, da ja die Gefahr groß war, daß sich auch Normalbürger mit den Besetzern und der Wiedereröffnung der Annaburg anfreunden könnten. Also wurde die Räumung beschlossen. Sie sollte am Freitag, den 6.11. um 10.00 Uhr erfolgen. Für mich ein Grund, nach Zürich zu fahren. Schon die Hinreise im Zug war ein Erlebnis für sich. Kurz vor Lindau erschienen vor mir zwei Grenzschutzbullen. Da ich schwarz angezogen war, ein Taschenmesser und eine Sturmhaube (vermummen ist in der Schweiz nicht verboten) dabei hatte, dachten die Bullen, ich sei direkt aus Frankfurt und auf der Flucht über die Grenze. So durfte ich mein ganzes Gepäck durchsuchen lassen, mußte die Frage, ob ich denn wirklich nicht in Frankfurt gewesen sei, mindestens dreimal verneinen und verließ in Lindau mit den beiden Bullen den Zug zwecks Körperkontrolle. Nebenbei wurde noch mein Adreßbuch kopiert und mein Geldbeutel konfisziert. (Auch Bullen brauchen Geld!) Was Wunder, kam ich dennoch am selben Tag in Zürich an.

Am Donnerstagabend begann dann der Affentanz. Ein Demonstrationszug von ca. 50 Leuten verlief durch die Innenstadt zu dem Berg, auf dem das besetzte Haus steht. Doch trotz der wenigen Leute wurde grundsätzlich eine Straßenhälfte blockiert, Kanonenschläge krachten und die Stimmung war gehoben. Seltsamerweise ließ sich kein einziger Bulle sehen, obwohl die Demo unangemeldet war.

Schließlich auf der Annaburg angelangt, wo bereits 40 Leute auf den Zug warteten, wurden erstmal die Zimmer bezogen. Um halb elf versammelten sich die 80 Menschen in dem ehemaligen Gastraum, um zu beraten, wie man sich verteidigen sollte. Da einige der Besetzer (ungefähr 25) nach der Räumung zweier anderer Häuser teilweise in Zelten und Hütten gelebt hatten, war es keine Frage, daß das Haus gehalten werden mußte. Der eigentliche Konflikt entstand bei der Frage nach Sinn und Nutzen einer militanten Verteidigung: Ließe sich das Haus mit Zwillen, Mollies und Steinen, Rauchbomben etc. halten oder würde es auch über kurz oder lang den Bullen in die Hände fallen?

Der eine Teil wollte sich einsperren lassen, möglichst gleich 60-70 Leute, um die Bullen in der Öffentlichkeit lächerlich zu machen. Bei einer gewaltfreien Besetzung, so diese Gruppen, wäre auch die Presse positiv eingestellt. Andererseits wäre das Haus höchstwahrscheinlich verloren gewesen. Denn es war aus zwei Gründen mit einem besonders harten Bulleneinsatz zu rechnen. Einmal die Bullenmorde an der Startbahn und zum anderen die Räumung der "Schmiede". Dieses Haus war von den Besetzern zuerst gegen dreihundert Bullen verteidigt worden, die von CS bis Gummigeschosse alles einsetzten. Daraufhin zogen sich die Besetzer durch einen vorbereiteten Schacht zurück, ohne daß die Bullen was merkten. Mensch muß sich das vorstellen: Schimanski und seine dreihundert Bullen stürmen ein Haus, in dem kein Mensch mehr ist. Auch in der Presse standen die Bullen lächerlich da und wollten sich diesmal dafür an den Besetzern rächen.

Die Diskussion dauerte von halb elf abends bis sechs Uhr morgens. Mensch einigte sich darauf, einen Fluchtweg vorzubereiten, Barrikaden zu bauen und Gräben auszuheben, anderes sollte aber nur im Notfall und zur Rückendeckung eingesetzt werden. Wie sich im Nachhinein zeigte, ein Fehler. Denn am Freitag um 14.00 Uhr, nachdem ein Haftbefehl erwirkt worden war, kamen 60 Bullen mit zwei Militärfahrzeugen (genannt Pinzgauer), stürmten die ersten zwei Barrikaden und setzten über den Graben. Zwischen Demonstranten und Bullen waren noch ungefähr vier Meter, ein großes Feuer und eine Barrikade aus Metalltischen. Über Megaphon wurde aufgefordert, das Haus innerhalb einer Minute zu verlassen, was mit HAUT AB - Rufen quittiert wurde. Prompt werden die Gummigeschoßkanonen geladen und drauflosgeballert. Die Besetzer verlassen fluchtartig ihre Stellung und treten den Rückzug über die Terrasse an. Fünf Leute bilden die Rückendeckung mit Rauchbomben und Leuchtstangen, sowie Kanonenschlägen.

Erst zu diesem Zeitpunkt wurden die vielen Verletzten entdeckt, die der "Polizeieinsatz" hinterlassen hatte: Faustgroße Blutergüsse an Kopf und Beinen, sowie zwei der schon erwähnten Riß-Quetsch-Wunden, eine 1 cm über dem rechten Auge und die andere am Hinterkopf. Beide mußten später genäht werden. Doch bevor mensch sich um die Verletzten kümmern konnte, mußten die Besetzer weiter fliehen, da die Bullen mit Gewehren CS-Gas über das Haus auf den Fluchtweg schossen.

Der ganze Einsatz dauerte acht 8! Minuten. Mit Mollies, Steinen und Zwillen hätte das Haus auf jeden Fall länger gehalten werden können. Zudem war die Presse (wie immer) trotzdem schlecht, weil von der Polizei behauptet wurde, zuerst seien Steine geflogen und dann die Gummigeschosse eingesetzt worden.

Alles in allem ein sehr lehrreiches Wochenende, gerade im gemeinschaftlichen Bereich. Der Kern der Autonomen besteht ungefähr aus 80-100 Leuten, etwa 60 Leute kamen am Freitag noch dazu. Diese Kerngruppe brachte es fertig, geduldig und ziemlich diszipliniert eine so schwere Entscheidung zu fällen, über die bei uns oft gar nicht mehr nachgedacht wird. Die Entscheidung wurde nach den siebeneinhalb Stunden Diskussion von allen getragen.

Begeistert hat mich auch die hervorragend organisierte Flucht. Hier zeigte sich eben, daß die Gruppe nach innen fest geschlossen und in Notzeiten schnell ohne große Diskussionen handeln kann. Natürlich steht auch bei den Autonomen in Zürich der politische Kampf im Vordergrund, aber gemeinsame nichtpolitische Aktivitäten, wie z.B. einmal in der Woche ein gemeinsames Essen zu veranstalten, stärken und stützen die Gemeinschaft. Vielleicht ist sowas auch mal hier möglich.

Solidarität mit der Hafenstraße

Beschlagnahmtes Geld wurde zurück-gegeben

Die am 27. Juli bei Durchsuchungen in Köln durch die bundesdeutschen Sicherheitskräfte beschlagnahmten 700.000 DM, die dem Kurdistan-Komitee in Paris gehörten, wurden am 11.11.87 an ihre Besitzer zurückgegeben. Trotz der Freigabe des Geldes durch den Bundesgerichtshof, hatte die Kölner Staatsanwaltschaft mit Vorwänden, die keine rechtliche Grundlage haben, die Herausgabe ständig hinausgeschoben. Der Grund für die illegale und unrechtmäßige Nicht-Herausgabe des Geldes war natürlich ein politischer. Man konnte diese Realität auch aus den Artikeln in der türkischen Presse, die nach der Herausgabe erschienen sind, entnehmen. Am 21. November schreibt die "Tercüman" unter der Überschrift: "Deutschland hat vor dem Terrorismus kapituliert":

"... Der Sprecher des Außenministeriums und Botschafter Batu sagte, daß die Türkei offiziell von Deutschland gefordert habe, sie solle keine Nachsicht gegenüber der Terrororganisation PKK zeigen, die im Osten und Südosten ohne Rücksicht Menschen tötet und den türkischen Soldaten Fallen stellt... Bei der Herausgabe des Geldes hat Deutschland hierfür den Vorwand "Wir haben keine Beweise dafür gefunden, daß die PKK eine terroristische Organisation ist" benutzt..."

Wie man aus diesen Sätzen erkennen kann, hat die Nicht-Herausgabe einen politischen Charakter und stützt sich auf die Beziehungen der BRD mit der TR und ihren Interessen in dieser Region.

Aufgrund der monatelang andauernden Protestaktionen von tausenden von Kurden hier in Europa, der Intervention zahlreicher internationaler Institutionen wie der Menschenrechtskommision der Vereinten Nationen und der Proteste von fortschrittlichen und demokratischen Organisationen und Personen, war die Staatsanwaltschaft gezwungen, das Geld an ihre Besitzer nach drei Monaten zurückzugeben.

Diese Entwicklung ist aus der Sicht der fortschrittlichen Organisationen und Personen, die sich für die Durchsetzung der demokratischen Prinzipien einsetzen, eine bedeutende Errungenschaft, die aus der Sicht des kurdischen Volkes große politische Bedeutung hat.

Wir, die Kurdistan-Komitees in Europa bedanken uns bei all den Kräften und fortschrittlichen Personen, die unseren Bemühungen für die Herausgabe des Geldes einen Beitrag geleistet haben. Der Nationale Befreiungskampf wird seit 1984 und insbesondere seit Anfang dieses Jahres in der Form der demokratisch-politischen Aktivitäten von Kurden in Europa verstärkten Angriffen ausgesetzt. Diese Angriffe beschränken sich nicht nur auf die Beschlagnahme des Geldes, sondern waren sehr umfangreich. Die lange Zurückhaltung des Geldes war nur ein Teil. Die Angriffe werden heute in Form von Vorbereitungen für das Verbot von Publikationen über den Befreiungskampf in Kurdistan usw. fortgesetzt.

Gleichzeitig hat der konkrete Fall der Beschlagnahme des Geldes offen gezeigt, daß die in Europa lebenden Kurden entschlossen sind, sich gegen diese Angriffe zu stellen und für ihre Rechte Widerstand zu leisten; zugleich haben die fortschrittlichen Kreise gezeigt, daß sie Angriffe gegen das kurdische Volk nicht hinnehmen werden. Die zukünftigen Angriffe werden auf den Widerstand der Patrioten stoßen. Diese gemeinsamen Bemühungen haben die Wichtigkeit der internationalen Solidarität gezeigt. Aus diesem Grunde rufen wir weiterhin alle fortschrittlichen Kräfte dazu auf, sich gegen die Angriffe gegen Kurden in der BRD und den Befreiungskampf des kurdischen Volkes zu stellen und ihre Solidarität zu bekunden.

(Quelle: Nachrichten aus Kurdistan, November 1987, Nr. 6, herausgeben von dem Kurdistan Komitee in der BRD, Hansaring 66, 5000 Köln 1, Tel.: 0221 - 125264)

Es lebe das schnelle Katapult zur Glückseligkeit. Dämlich, die da wurschteln und werkeln auf Erden, mit ehrlichen Fäusten täglich den bürgerlichen Mist aus ihren Hirnen, Herzen und Mösen rausboxen. Mühsal und Scheitern ist ihr Schicksal. Ihr seid schlauer: Zwei Gramm oder 'ne Flasche ersparen das Denken, betäuben den Schmerz, geben dem federleichten belanglosen Dasein die rechte Würze. Klug erkannt.

An alle Alks, Junks, Kiffers und sonstige Meisterinnen der chemischen Lüge!

Drogen sind kein Thema in dem, was sich autonome Scene nennt. Warum auch. Bestenfalls fällt einer/m noch ein, daß es ne Sauerei ist, daß der Staat den Leuten vorschreibt oder verbietet, mit welchem Gift sie das eben von diesem Staat produzierte Elend sich vergolden sollen.

Hier in München haben auch H-Szene und Polit-Szene nicht viel miteinander zu tun.

In anderen Städten ist das anders. Berlin z.B. Da ließ sich nach dem großen Aufschwung der Häuserkämpfe anfang der 80er eine regelrechte Heroinwelle beobachten, plötzlich tauchte massiv das Zeug in Kreuzberg 36 auf - von den Leuten des Rauschgiftdezernats tatenlos geduldet. Der Staat hat schließlich nichts dagegen, wenn die Leute - statt zu kämpfen - sich selber kaputt machen. Heroinwellen gibt's auch in Hamburg (Hafen) und nach dem 1. Mai wieder verstärkt in SO 36.

Es ist interessant, sich mal anzusehen, wo das Zeug herkommt, wer damit Geld macht - nicht die kleinen Dealers, die , die hin und wieder hochgehen - auch noch sehr selten, (wegen Heroin sitzen hauptsächlich Verbraucher, Leute, die für sich selber, oder - um die Kohle ranzuschaffen, noch für zwei drei andere Zeug haben), sondern die fetten Verdiener. Da haben fast alle Schweinevereine der Welt ihre Finger drin, angefangen vom Savak, dem ehemaligen Geheimdienst des Schahs, der sich im Gegensatz zur auftraggebenden Regierung mit der persischen Revolution nicht aufgelöst hat, über CIA, die diversen Mafias bis zu westdeutschen Konzernen und Bullen. (Genauer nachzulesen in dem Buch "Weltmacht Droge" von Hans Georg Behr, ein Buch, daß sich alle, die immer noch meinen, Junk sei supercool, antibürgerlich und der radikalste Ausdruck von Verweigerung hier, mal schleunigst reinziehen sollten, damit sie wissen, wem sie da eigentlich auf den Leim gehen.)

Interessant auch der Zusammenhang zwischen Strafverfolgung von Junkies, dem Verbot, Spritzbestecke einfach so auszugeben (was die einzig effektive Möglichkeit wäre, die hohe Zahl von Aids-Infektionen in der Junkszene nicht noch weiter steigen zu lassen), und dem Verbot der Methadonausgabe. (Methadon ist so 'ne Art Ersatzdroge, die macht zwar genauso süchtig wie H, aber nicht so fertig, beseitigt erstmal die Entzugserscheinungen, ohne Rausch und Betäubung.) In München z.B. wurde letztes Jahr ein Arzt, Dr. Kapuste, der Junkies Methadon verschrieben hatte, erstmal eingeknastet, dann zwangspsychiatrisiert. Daß dazu außer ein, zwei Artikeln in taz und Stadtzeitung nix passiert ist, ist ein trauriges Zeichen dafür, daß Junk die Leute wirklich wegbringt von jedem Widerstand, jeder Auseinandersetzung mit der Scheiße hier, jedem Kampf.

Jedenfalls ist klar, daß staatliche Antidrogenkampagnen keineswegs Leute davor beschützen sollen, vor die Hunde zu gehen. Gerade in Zeiten von großer Arbeitslosigkeit, wo das Kapital nicht drauf angewiesen ist, daß die Leute alle fit sind für den Arbeitstag, sondern es drum geht, die nicht Brauchbaren ruhigzustellen oder am Besten ganz loszuwerden, ist Heroin den Herrschenden ein lieber Helfer.

Der Staat greift ein, wo die Junks zur Gefahr für die funktionierende kapitalistische Welt werden, sprich, wo aidskranke Drogis, die sich die Kohle als Stricher oder Prostituierte ranschaffen, Otto Normalficker anstecken könnten, oder wo die sogenannte Beschaffungskriminalität zu große Löcher in seinen Geldbeutel reißt.

Aber H ist in gewisser Weise nix anderes als Alk oder Dope, nur geht's schneller, macht schneller kaputt, hängt mehr Scheiße dran.

Auch die Endprallalks und Ewigbreitsmilekiffer besorgen auf ihre Weise das Geschäft der Herrschenden. Ist ihre Sache, klar. Jeder/m die eigene Lieblingsart des Untergangs. Und der Gedanke, daß sowieso alles nix bringt, ist auch uns SzenesozialarbeiterInnen nicht so fremd - noch'n Tänzchen auf'm Vulkan, noch zwei, drei geile, intensive Jahre - no future.

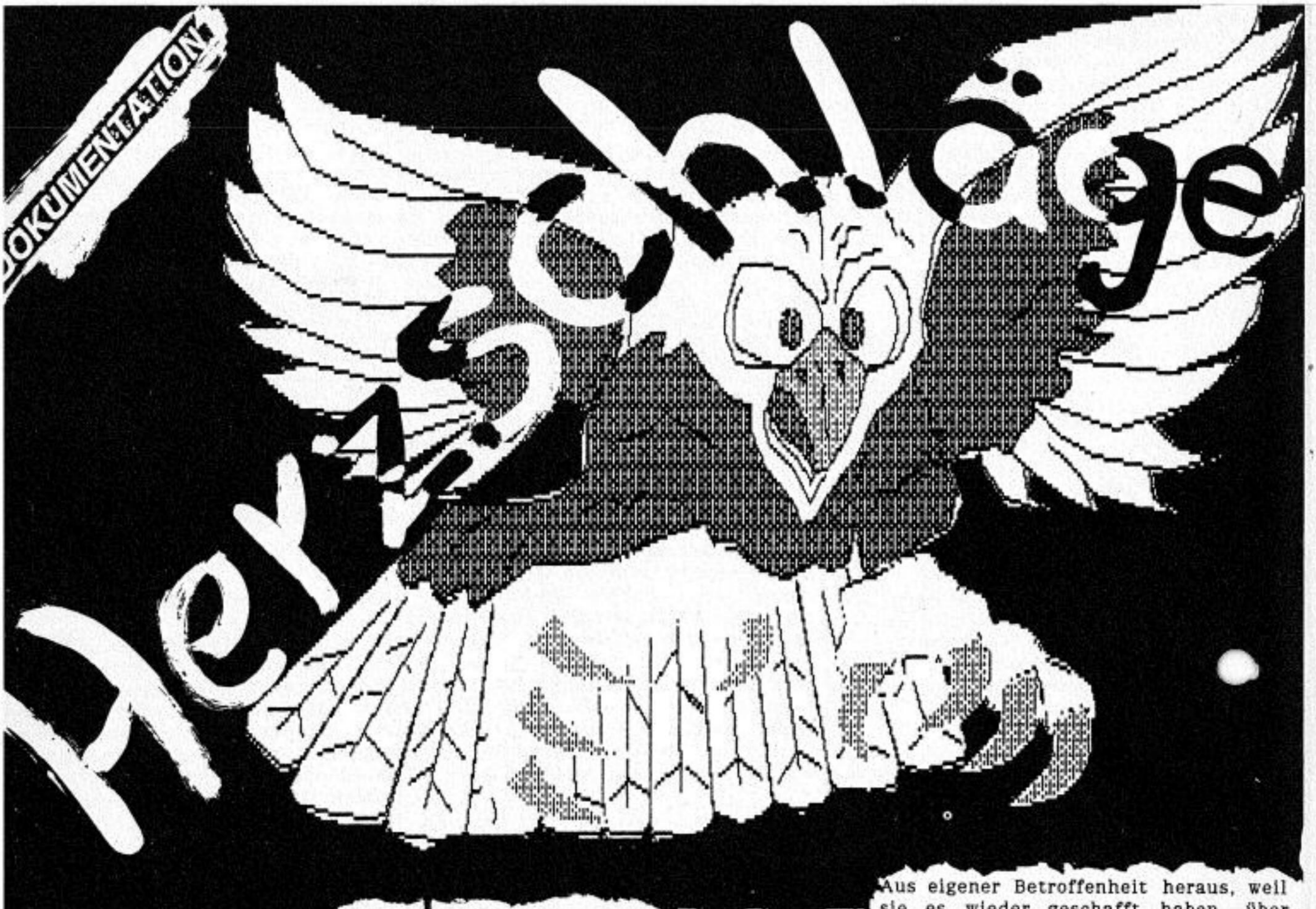
Aber - das große ABER,

es ist so ein jämmerliches unehrliches Spiel. Keine Räusche, die Feste, großes anders, Bewußtseinserweiterung sind - was vielleicht ein positiver Begriff von Rausch sein könnte - sondern tägliche Betäubung, Verschleierung, falsche tequilaselige Kumpelei. Keine Stärke, kein Wille, kein Leben mehr spürbar.

Klar kann's nicht drum gehen, sozialtherapeutisch die Armen, Abgestürzten wieder auf den rechten (respektive: linken) Pfad zurückzubringen. Aber es wäre schon mal angesagt, auch in der Szene, zu thematisieren, warum es so läuft. Ob's nicht z.B. auch die aussichtslose Vorsichhinwurschtelei, die wir hochtrabend KAMPF nenne ist, die Ungenauigkeit der revolutionären Phrasen, die so selten am eigenen täglichen Kram ansetzen, die heimelige Mischung aus Großfamiliengeborgenheit und Pseudoradikalität, die manche dann eben die große Dröhnung vorziehen lassen.

In diesem Sinne: Für eine radikale Nüchternheit!

Die Revolution braucht deinen klaren Kopf, Genossin/e!



Deswegen ist dieser Beitrag eine nur unvollständige Wiederspiegelung unseres Diskussionsprozesses an den Themen Knast, Isolation und Gefangene.

Knast und Isolationshaft sind immer Mittel der Herrschenden um die Identität und die Subjektivität der Gefangenen zu zerstören.

Es ist, außer der gezielten Ermordung, wie z.B. an den Genossinnen und Genossen in Stammheim am 18.10.77, und der Folter durch Zwangsernährung, ihr letztes Mittel, um eigenes Bewußtsein, der Gedanke daran, wofür frau/mann kämpft, zu brechen. Sie zu willenlosen "resozialisierten" Opfern zu machen, die alles negieren, wofür sie früher gekämpft haben, und danach (wenn sie wieder rauskommen) zu einem Rädchen im Prozeß der Verwertung im imperialistischen Gesamtgetriebe zu werden, ohne Sand zu sein im Getriebe der Macht.

Unser Verhältnis zu Gefangenen bestimmt sich nicht nur durch eigene Identität und Solidarität, sondern auch durch eigene Praxis. Konkret heißt das: Wir haben diese Aktion nicht nur wegen der Aktionstage und zur Unterstützung des Widerstandes gegen die WAA gemacht, sondern auch aus der Bestimmung unseres Teilbereichskampfes heraus, aus Protest gegen die Verhaftung von Andrea, der Isolationshaft gegen sie und den drei anderen Frauen aus RAF und Widerstand.

Eine wirklich revolutionäre Bewegung kann frau/mann daran messen, wie sie sich zu ihren Gefangenen verhält. Wir müssen die politischen Bedingungen schaffen, die es ermöglichen, die Zusammenlegungsforderungen der Gefangenen durchzusetzen. Wir wissen, daß wir nur ein kleiner Teil dieser Bedingungen sind.

"Elektrizität ist Macht" sagte RWE Aufsichtsratsvorsitzender Abs. Und das Stromleitungsnetz ist das Symbol der multinationalen Konzerne. Die Atomkraftwerke, Urananreicherungsanlagen, Endlagerstätten und nicht zuletzt die WAA bringen die Expansion dieser Stromleitungen, somit neuer Verteilungsstrukturen, Infrastrukturen. Die Elektrizitätskonzerne, als Schrittmacher der kapitalistischen Entwicklung, als Knotenpunkt eines gigantischen Kapitalverwertungsprozesses, schaffen die kapitalmäßigen und technologischen Voraussetzungen für eine Weiterentwicklung der ökonomischen Ausbeutung in den Entwicklungsländern (Uranabbau in Namibia, Atomtechnologietransfer nach Brasilien, Argentinien - Verschuldung, Abhängigkeit), und darüber hinaus Bedingungen für die immer offener werdende Nuklearstrategie des imperialistischen Gesamtsystems.

Unser Kampf richtet sich also nicht nur gegen die Atomtechnologie, sondern auch gegen die Formierung Westeuropas im ökonomischen, militärischen (SDI-Forschung) und sicherheitspolitischen (Konsolidierung des "Modell Deutschlands" in anderen Ländern) Bereich.

Aus eigener Betroffenheit heraus, weil sie es wieder geschafft haben, über eine Lügenkonstruktion eine Genossin einzufahren, versuchen wir, weil wir ein solidarisches Verhältnis zu Andrea und allen anderen Gefangenen haben, unsere Klarheit/Unklarheit trotzdem zu Papier zu bringen. Über die politische Einschätzung (welchen Prozeß die Bullen gerade stoppen, bzw. zerschlagen wollen) können und wollen wir noch nichts sagen, dazu wird später noch was folgen.

- Zusammenlegung der Gefangenen aus RAF und Widerstand und allen kämpfenden Gefangenen in große Gruppen!

- Zusammenlegung aller Gefangenen, die das für sich fordern!

- Abschaffung der Einzel- und Kleinstgruppenisolation und der akustischen und optischen Ausforschung und Kontrolle!

- Aufhebung der Kommunikationssperre: Besuche, Briefe, freie politische Diskussion und Information!

- Unterstützung von Kämpfen der Gefangenen gegen Folter und unmenschliche Behandlung!

- Gegen Zwangsarbeit und Psychiatrisierung in den Knästen!

- Freiheit für alle politischen Gefangenen!

- Liebe und Kraft für Andrea im Knast in Preungesheim!

10.10.87 Revolutionäre Zellen

Erklärung

Am 10.10.87, parallel zu den Aktionstagen in Wackersdorf und der Großdemonstration, ist die Umspannstation Schönauer Hof von uns zerstört worden. Damit haben wir die Atomstromversorgung der RWE unterbrochen. Unsere Aktion ist ein Beitrag zur Sabotagekampagne gegen die WAA. Die lettzen Anschläge auf die WAA-Infrastruktur, wie auch die Strommastaktionen zeigen uns, wie wichtig es ist, diese Aktionsform als ein Standbein des Teilbereichkampfes Anti-AKW-Bewegung, effektiver zu machen und politisch weiter zu entwickeln. Angriffe auf die Infrastruktur der AKW-Betreiber und der Firmen, die daran verdienen, wie z.B. Hoch-Tief oder der Elektrokonzern RWE, zeigen nicht nur den hohen Grad der Kapitalverflechtung auf, sondern auch ihre Angreifbarkeit.

Auch wenn schon viel über die Rolle des Elektromultis RWE als Vorreiter zur Verwirklichung des Atom-Energie-Programms in verschiedenen Publikationen geschrieben worden ist, wollen wir doch auf einige Fakten hinweisen, die uns wichtig erscheinen.

Der Konzern war maßgeblich an der Inbetriebnahme des 1958 fertiggestellten Atomversuchskraftwerks Kahl und darüber hinaus am ersten großen AKW in Grundremmingen (1966) beteiligt. Insbesondere die Wegrationalisierung von menschlicher Arbeitskraft und ihre Ersetzung durch fixes Kapital war und ist schon immer die Devise dieses Konzerns. Mit dem zur damaligen Zeit spektakulären "Schlucken" der "Gelsenkirchener Bergwerks-AG" mit ihrem Ruhrgas-Anteil Anfang 1969 sicherte sie sich eine breitgefächerte Energiebasis und stieg in sämtliche miteinander gekoppelte Energie-Wirtschaftszweige wie Kohle, Öl, Chemie, Gas und Strom, sowie deren Handel, ein. Gleichzeitig forcierte die RWE die Atomenergie und errichtete im Mai 19[illegible] in Biblis das größte europäische AKW.

Und nicht nur dort hat die RWE ihre Hand im Spiel. Seit der Beteiligung vorr diesem Konzern an dem Projekt Schneller Brüter Super Phenix in Malville (Frankreich), der das Rohmaterial für die Atombomben, das Plutonium liefert, ist offensichtlich, wohin der ökonomisch völlig unsinnige Kurs der BRD-Regierung und Atomindustrie in Bezug auf die Urananreicherungsanlage in Gronau und die WAA in Wackersdorf steuert: Auf die Produktion von Atombomben im Rahmen der westeuropäischen Nato-Atomstrategien. 1995 läuft der Atomwaffensperrvertrag aus, bis dahin soll die WAA endgültig in Betrieb gehen.

Schon im Frühjahr 1956 erklärte Winnacker es für dringend notwendig, Plutonium selbst zu erzeugen; die entsprechende Reaktorentwicklung solle "ein Hauptziel" des deutschen Atomprogramms sein, und er halte es für richtig, dieses Problem im deutschen Wirtschaftsraum als Ganzes aufzufassen, und zwar mit allen seinen Vorstufen. Die Konstellation der Atominteressen hatte bruchlos an die Politik des NS-Staates angeschlossen: Von der Kontinuität der Wissenschaftler über die Autarkie- und Expansionspläne vor allem der IG-Farben Nachfolger bis zur Adenauerschen Europaintegration mit Expansionsziel nach Osten - mit der Erweiterung, daß die Atomfrage nach Hiroshima so entscheidend an Bedeutung gewonnen hatte, daß man sich nun am "big science" und an dem Taktieren mit der NATO orientierte. Die westdeutsche Reaktorentwicklung war und ist ein Projekt, bei dem "big science", der Drang nach "Weltgeltung" und die Option auf die Atombombe gleichermaßen eine Rolle spielen.

Mit der Schaffung und Stabilisierung sub-imperialistischer Zentren im Rahmen der Atomproliferation bemüht sich die BRD als Vorreiter der europäischen Interessen den von den USA in den siebziger Jahren verlorenen "Boden" zum eigenen Nutzen in Beschlag zu nehmen. Die Folgen dieser Politik für die Länder der "3. Welt" wollen wir an einem Beispiel aufzeigen:

Für den Bau von Atomanlagen in Westafrika planen deutsche und französische Energiekonzerne den Stau des oberen Niger. Dadurch werden gigantische Verdunstungsflächen geschaffen, die in wenigen Jahren zur Versalzung und Austrocknung des Landes führen werden. Der Sahelstreifen wird sich dann um etwa 500 km verbreitern. Ziel dieser ökologischen Kriegsführung ist es, ein entvölkertes Gebiet zu schaffen, in dem die Kernenergie für eine strahlende Zukunft ihrer Anwender sorgen wird, ohne daß diese noch den Schwierigkeiten der althergebrachten "Bevölkerungspolitik" ausgesetzt wären.

Kampf dem imperialistischen Atomprogramm auf allen Ebenen!!

Revolutionäre Zellen

Erklärung

Am 19.9.87 ist die zentrale Stromzuleitung (Umspannwerk - Rauberweiherhaus) zum WAA-Baugelände von uns angegriffen worden.

Wir verstehen diese Aktion als Teil der Sabotagekampagne zur Unterstützung der Aktionswoche gegen die WAA vom 8.-10. Oktober: Legale (Massendemonstrationen, Blockaden) und illegale (Sabotage) Aktionen sind ein wichtiger Teil des Widerstandes gegen das Atomprogramm, sie müssen sich daher aufeinander beziehen, denn erst die politische Synthese dieser beiden Widerstandsformen wird es ermöglichen, eine Situation zu schaffen, die es den Herrschenden schwierig, wenn nicht sogar unmöglich macht, ihr Projekt in Ruhe durchzuziehen. In den Auseinandersetzungen des letzten Jahres ist vielen klar geworden, wie schnell die demokratische Fassade dieses Staates durch die faschistische Fratze einer menschenverachtenden Gewalt je nach Bedarf ausgewechselt werden kann. Zwei Menschen mußten bereits als Folge der Polizeieinsätze am Baugelände sterben, einer durch Spätfolgen des eingeatmeten CS-Gases.
Der repressive Charakter dieses Systems offenbart sich auch in den CS-Einsätzen von Wackersdorf und Brokdorf, wo es, wie durch ein Wunder, nicht zu weiteren Toten (infolge einer Massenpanik) gekommen ist. Zur Durchsetzung ihrer Militär- und Kapitalstrategien greifen sie auch hier, in der Metropole, immer mehr zu Methoden der Aufstandsbekämpfung, wie sie in der "3. Welt" zur Durchsetzung ihrer Interessen schon lange praktiziert werden. Dort wo ihre Propaganda von der sauberen, umweltfreundlichen und fortschrittlichen Atomenergie nicht mehr greift, ja sogar die Argumentationskette: Atomenergie - Arbeitsplätze - Lebensstandard widerlegt werden konnte, setzen sie immer mehr auf offene Gewalt. Obwohl es mittlerweile bekannt sein dürfte, daß das Projekt WAA als Herzstück des bundesdeutschen Atomprogramms auch eine internationale Variante, in bezug auf die Herstellung von Plutonium - Bau von Atombomben - Technologietransfer in die "3. Welt" hat. Wir haben uns entschlossen, mit einigen Fakten, die erwähnenswert sind, genauer auf die Thematik einzugehen.

Ende 1954 gründete sich, mit Förderung durch das Wirtschaftsministerium, die "Studiengesellschaft für physikalische Forschung", unter Beteiligung von 16 Konzernen, darunter die DEGUSSA, SIEMENS, AEG, BAYER-LEVERKUSEN, HOECHST, KRUPP und HANIEL. Sie gründete und finanzierte zur Vorbereitung des ersten deutschen Forschungsreaktors eine "reaktorphysika-

sche Arbeitsgruppe" am Göttinger ax-Planck-Institut. Desweiteren urde unter dem damaligen Bundesanzler Adenauer ein neues Atomministerium gegründet. Der neue Minister trauß, vorher Kabinettsmitglied ohne eschäftsbereich, Verteidigungsexperte einer Partei, stellvertretender Vorsitzender des Sicherheitsausschusses n Bundestag (nebenbei erwähnt, er ar auch NS-Führungsoffizier), war er Mann, der die Atomwirtschaft über ie Interessen um den Konjunkturzylus und der allgemeinen Wirtschaftserbände hinaus, zu neuer Geltung ihren sollte: Das Ministerium war nter dem Druck und auf Verlangen er Chemieindustrie, der Elektrokonerne und des Maschinenbaus geschaffen worden. Einen Monat nach er Gründung des Ressorts wurde ein roßindustrieller Beirat, die "deutsche tomkommission" berufen - ein Gretium, das offiziell die Aufgabe hatte, as Atomministerium in allen Angeleenheiten zu beraten, das aber von nfang an zum zentralen Planungsgretium der Atomentwicklung wurde. Unter den Mitgliedern finden wir bekannte Namen, Abs von der Deutschen ank, Boden von der AEG, Knott für ienens, Geiger für ESSO, Winnacker rn Manne für die IG-Farben Nacholger, Reusch vom Hantel-Konzern, ebergall für DEGUSSA usw. Wenn wir n folgenden uns mit der Person von arl Winnacker auseinandersetzen, so ar dies folgende Gründe:

Weil Winnacker eine der wichtigsten Figuren bei der Entstehung des Atomprogramms, speziell zur Entwicklung der Plutoniumherstellung - sprich zur Atombombe - war.

Weil die personelle und politische Kontinuität des deutschen Faschismus in der Industrie übernommen worden ist, was wir anhand dieses Beispiels beweisen wollen.

ersonalien: Karl Winnacker, geb. am 1.9.1903.

or 1945: Mit Hitler, Hugenberg und chacht Mitbegründer der "Harzburger ront", die die Machtübertragung an ie Faschisten vorbereitete. Direktor er IG-Farben (HOECHST), Mitglied der SDAP und SA.

ach 1945: Vorstandsvorsitzender der arbwerke HOECHST AG, im Aufichtsrat bei Demag, Degussa, Dehema, Vorsitzender des Aufsichtsrats er Dresdner Bank.

954 wurden von Hoechst bereits orbereitungen für den Reaktorbau etroffen. Ein Jahr später war Karl innacker bereits deutscher Industrievertreter bei der Genfer Atomonferenz und wurde stellvertretender orsitzender der im gleichen Jahr gegründeten deutschen Atomkommission Regierungskommission, Beratergremium er Volksvertreter, Vorsitzender: tomminister Strauß) und Vorsitzender hrer wichtigsten Fachkommission 3, eaktorbau. 1959 wurde Winnacker ußerdem Präsident des neugegründeen Atomforums.

32

Rache für die Knüppeleinsätze faschistischer Westberliner Sondereinsatzbullen in Wackersdorf! WAA Nie!

Aus Wut über die brutalen Einsätze Westberliner Sondereinsatzbullen in Wackersdorf haben wir am 14.10.87 das Privathaus des SEK-Leiters Martin Textor (1000 Berlin 47, Neudecker Weg 85b) mit einem Sprengsatz angegriffen. Das SEK (SpezialEinsatzKommando) ist ebenso wie die in Wackersdorf eingesetzte EBLT (Einheit für Besondere Lagen und einsatzbezogenes Training) wesentlicher Teil polizeilicher Widerstandsbekämpfung. Während der EBLT, gebildet nach den Kreuzberger 1 Mai-Riots, die alleinige Aufgabe zukommt, Massenproteste auf der Straße zu zerschlagen, soll das SEK u.a. nicht nur gegen militante Demos (zuletzt Reagan-Demo), sondern auch gegen die Guerilla vorgehen.

Martin Textor präsentiert in den Medien sich und seine Männer als die Superbullen schlechthin. Da werden vor Pressekameras von vermummten Sek'lern Dachziegel mit der blanken Stirn zerkloppt und ähnlicher Schwachsinn vorgeführt. Ziel solcher Präsentation ist sicher u.a. einzuschüchtern, Angst zu machen. Daß sie auch nur Menschen sind, die angreifbar, verwundbar sind, zeigt unser Angriff.

Der Massenprotest am Wochenende in Wackersdorf war trotz der brutalen Bulleneinsätze ein Erfolg. Denn Trotz der großen Repression gegen den WAA-Widerstand, überwanden 10.000'e Menschen ihre Angst, demonstrierten am WAA-Bauzaun und durchbrachen damit das Demonstrationsverbot. Andererseits zeigten sich aber auch die Grenzen solcher Großaktionen angesichts der militärischen Übermacht der Bullen. Um den Druck auf die Atomlobby weiter zu verstärken, mit dem Ziel die WAA zu verhindern, rufen wir zu einer militanten, kontinuierlichen Kampagne bundesweit gegen das WAA-Firmenkonsortium auf. Die vielen Menschen, die mit dem militanten WAA-Widerstand sympathisieren, sich aber persönlich diese Form des Kampfes nicht zutrauen, fordern wir auf, unsere militanten Positionen (z.B. bei Diskussionen mit Kollegen, Nachbarn, Freunden) öffentlich zu vertreten, es gibt noch viel zu tun, packen wir's gemeinsam an!

Autonome Zelle Alois Sonnleitner

Die revolutionären Zentren sichern und ausbauen

Schwerer Bronze-Kopf des Reichskanzlers Ebert verschwand mittags aus dem Museum

Diese Büste soll - wie fast alle - ein Denkmal setzen für einen Namen, der für die Geschichtsschreibung von oben steht. Geschichte wird umgedreht, wir sollen die Fressen der Schweine bestaunen, das künstlerische Herausmeißeln der markanten Gesichtszüge (z.B. eines W.v.Siemens, A.Schering, O.Hand, Bismarck), was den Blick versperrt auf die tausend Narben und Wunden der Menschen, die gekämpft haben und von den Herrschenden brutalst bekämpft wurden. Statuen sind nichts als Symbole ihrer Selbstherrlichkeit, mit der die permanente Zerschlagung, Beruhigung, Befriedung, Verarschung, Unterdrückung und Ausbeutung gerechtfertigt werden soll.

Unser ausgewähltes Objekt war Reichspräsident der Weimarer Republik von 1918/25, unter seiner Aufsicht wurden unzählige Aufstände der revolutionären Soldaten, ArbeiterInnen und Matrosen zerschlagen. Vorher schon hatte die Spd den Kriegskrediten zur Durchführung des 1. imperialistischen Weltkriegs trotz verbaler Antikriegspropaganda zugestimmt, in der Weimarer Republik zeigte sie dann ihr wahres Gesicht. Die SPD übernahm das Erbe der Monarchie, um es sicher in die kapitalistische Demokratie zu tragen. Sie stoppte den revolutionären Prozeß der Räte 1918/19 mit Hilfe der Freikorps (aus denen sich zu einem Teil später die SS bildete) und in Absprache mit der obersten Heeresleitung - die unter anderem für die Ermordung Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts verantwortlich war. Die alte Kontinuität wurde gewährleistet durch eine Verwaltung, Bullenapp[illegible], Justiz, Militär, die von wilhelminischen Beamten besetzt blieb.

Der Wiederaufbau nach 1945 war von konservativen Werten bestimmt, schnell wurde die alte Verwaltung, Justiz und Bullen mit den erfahrenen faschistischen Kräften besetzt. Die Bewegung gegen die Wiederbewaffnung hatte unter tatkräftiger Beteiligung der SPD lediglich appelativen Charakter, die Zerschlagung der ArbeiterInnenbewegung durch den Faschismus und später die Alliierten, sowie die Illegalisierung der KPD schafften erstmal Ruhe im Land. Erst mit der Infragestellung der verkrusteten Gesellschaft und eine neue Geschichtsaufarbeitung durch die APO entstand wieder eine kämpferische Stimmung.

Es ist schon eine Masse gesagt worden, über die Rolle der SPD als P[illegible]lator von Klassenkämpfen, als [illegible]trolleur und Integrierer von sozialen Bewegungen und antistaatlichem Protest/Widerstand. Diese Funktion konnte sie übernehmen aufgrund des Vertrauens, das ihr entgegengebracht wurde, da sie ihren Ursprung in der ArbeiterInnenbewegung hatte. So war sie auch besser als jede andere politische Kraft/Partei sonst geeignet, zu Beginn der Weimarer Republik die führende und ordnende Rolle zu spielen.
Prompt erfüllte die SPD ihre angestammte Rolle. Als am allerwenigsten verruchte Partei legitimierte sie zunächst in der großen Koalition die Notstandsgesetze, um ab 69 mit einem sozialen Befriedungsprogramm (Amnestie, Bildungsreform, Marsch durch die Institutionen) die antagonistische Kraft der APO zu brechen und sie im Leistungssystem zu etablieren. Die radikale Frauenbewegung versuchte sie zu befrieden, indem sie deren Kampf für eigenständige Organisierung und gegen den patriarchalen Normalzustand in der Fabrik, der Familie und auf der Straße auf Gleichberechtigung, Fristenlösung, gleicher Lohn und Hilfe bei der Frauenrolle reduzierte.

Zum Zuckerbrot der Befriedung verlief parallel die Peitsche: Der Ausbau des BKA, die Perfektionierung der Knäste, der Druck der Gewerkschaften auf die Streiks anfang der 70er, der Ausnahmezustand im Herbst 77, die Ermordung vieler GenossInnen, der Distanzierungsdruck auf die Linke, die Stationierung ...

Aber kommen wir zum Anlaß unserer Aneignung:

2 heiße Wochen erlebten wir in Hamburg - bis Dohnanyi und der linke Flügel der SPD scheinbar heroisch ihre letzte Tat verkündeten - ein Fanal der Friedfertigkeit mit 6000 Bullen im Rücken - sie **erzwangen** einen Vertrag, der mitnichten ein Ende des Räumungsdrucks bedeutet, vielmehr hat sich von 2 Linien der SPD die subtilere durchgesetzt.

Die Hardcore-Linie hieß räumen, jetzt, über alle Widersprüche hinweg um die Rechtsstaatlichkeit zu wahren. Die Soft-Linie heißt Verträge, mit u.a. dem Paragraphen, der auf Straftaten Räumung androht. D.h. es soll das Hafenstr.-Kollektiv umerzogen werden zu staatstreuen BürgerInnen, die alternativ wohnen dürfen, als Exotik und Vorzeigemodell der Stadt, aber jegliche Selbstbestimmung aufgeben sollen. Bzw. Originalton Dohnanyi: "Ich erwarte, daß die BewohnerInnen das selbständig regulieren."

Damit das auch funktioniert, wurden jetzt bereits 300.000 als Beschäftigungs- und Disziplinierungsmittel eingesetzt. Daß die Soft-Linie angesagt war, lag zum großen Teil an der ungebrochenen Mobilisierung seit der Demo am 20.12.86. Hier drückte sich die Stärke des Bündnisses in der Abwehr der Bullenangriffe aus, unter den Parolen:

Hafenstraße bleibt, die Zentren der Revolte absichern und ausbauen, Zusammenlegung der politischen Gefangenen, kein Bullenspalier.

Danach gab es immer wieder Höhen und Tiefen, manche Widersprüche, aber auch immer neue Schübe: Wie die Tag X-Kampagne, die Wiederbesetzung oder die 31.10.-Demo. An dieser Stärke mußten sie der 2. Linie den Vorzug geben. Es soll nun mittels des Vertrages ein Keil aus 30% Humanismus, 40% Vernunft und 100%er Friedfertigkeit in die Mobilisierung getrieben werden mit dem Ziel der Entpolitisierung und "alle sitzen in einem Boot". Durch die Paragraphen wollen sie einen Graben zwischen politischen Kampf und alternativer Freiraumbeschaffung quer durch die Solidaritätsbewegung bis in die Häuser ziehen. Wenn das, wie zu erwarten und zu hoffen, nicht greift, steht die Räumung wieder auf der Tagesordnung. Es ist logische Konsequenz, daß ausgerechnet Vogel und Weizsäcker, die Protagonisten der sog. Berliner Linie, die ersten Unterstützer/Initiatoren dieser Strategie waren.

Wir werden uns nicht einlullen lassen, den Vertrag zum Ausgangspunkt neuer Kämpfe nehmen!

Auch REWE verdient an der Unterdrückung der schwarzen Frauen

Weltweit bestimmen frühkapitalistische Ausbeutungsverhältnisse das Bild in den Weltmarktfabriken, den Außenstellen der Multis oder den riesigen Agrarplantagen. Immer wieder sind es die Frauen, die diese Unterdrückung doppelt und dreifach ertragen müssen.

Eines der gravierendsten Beispiele dafür ist die Obst-, Gemüse- und Konservenproduktion in Südafrika. Die Früchte, die in den Zeitungsannoncen der hiesigen Supermarktketten als Sonderangebot offeriert werden, sind das Produkt von Frauenarbeit, unter Bedingungen, die die gesamte Breite der kapitalistischen und sexistischen Unterdrückung darstellen:

Durch die Technisierung der Anbaumethoden und den dadurch verringerten Arbeitskräftebedarf haben Arbeiterinnen meist nur noch den Status von Saisonarbeiterinnen oder Tagelöhnerinnen; gleichzeitig haben sie auch die gesundheitlichen Folgen der Kapitalisierung der Landwirtschaft, die durch Pestizid- und Kunstdüngereinsatz entstehenden Krankheiten, zu tragen. Sie werden für die gleiche Arbeit weit geringer entlohnt als die Männer; wenn sie überhaupt Geld erhalten und nicht in Naturalien (z.B. Trauben oder Tomaten) "ausgezahlt" werden. Sie arbeiten durchschnittlich 60-70 Stunden in der Woche, ohne Arbeitszeitbegrenzung oder Überstundenentlohnung, wobei oft auch noch die Kinder umsonst mitarbeiten müssen, da die Mütter nicht wissen, wo sie den Nachwuchs während der Arbeit lassen sollen. Frauen werden durch die Paßgesetze gezwungen, ihr Leben lang auf Farmen zu arbeiten, während die - Gesetze auf der anderen Seite weder Sozialleistungen, noch Mutterschaftsurlaub vorsehen. Darüberhinaus sind sie der alltäglichen Gewalt der weißen Vorarbeiter ausgesetzt, wobei selbst die Tatsache, daß Südafrika die weltweit höchste Vergewaltigungsquote hat, wahrscheinlich nur die Spitze des Eisbergs des permanenten Gewaltverhältnisses sichtbar werden läßt.

Wenn die Landwirtschaft im Staat der Buren auch eines der augenfälligsten Beispiele für die Unterdrückung der Frauen ist, so erschöpft sie sich darin noch lange nicht. Für Frauen heißt es seit dem Bestehen des rassistischen Systems, dreifach unterdrückt zu sein und dagegen zu kämpfen:

Als Schwarze unterliegen sie der gesamten rassistischen Unterdrückung durch die selbsternannte weiße HERRENrasse;

als Teil der schwarzen Unterklassen werden sie in den miesesten Jobs mit den schlechtesten Löhnen ausgebeutet und vernutzt

und als schwarze Frauen sind sie aufgrund ihres Geschlechtes immer mit Männergewalt und -herrschaft konfrontiert.

Konkret bedeutet dies für schwarze Frauen u.a.,

daß sie als "Minderjährige" lebenslänglich unter der Vormundschaft ihrer männlichen Verwandten stehen,

daß sie bei einem Tod des Mannes ihr Wohn- und Landrecht verlieren,

daß durch die Praxis der Wanderarbeit die Familien zerrüttet sind und Frauen meistens allein die Verantwortung für Kinder und Lebensunterhalt haben

und daß sie einer rassistischen Bevölkerungspolitik ausgesetzt sind, die durch Zwangssterilisation und 3-Monatsspritzen versucht, den Anteil der schwarzen Bevölkerung zu senken.

Fortsetzung→Rücks

Stellungnahmen, Beiträge, Flugis zu Frankf./M 2.11., ca. 50 Seiten 6 DM + Porto ab 10 Stck. 4,50 DM + Porto erhältl. Infoladen München, Breisacherstr. 12, 8000 München 80

Rezensionen

Der NID (Nachrichten- und Informationsdienst) entstand aus dem BWK-Nachrichtenblatt Jugend / Militär / Gefängnisse und hat jetzt eine politisch erweiterte Redaktion. Ziele des NID sind:

- Verbreitung unterdrückter Nachrichten aus den Bereichen Jugend, Militär und Gefängnisse
- Zusammenstellung veröffentlichter Meldungen
- Debatte und Analysen
- Dokumentation und Bewertung.

Mitarbeit, Zuschriften, Beiträge etc. sind ausdrücklich erwünscht. Die Nr.24 enthält u.a. einen Bericht über den 129a-Prozeß bzgl. RADIKAL am 19.11.87 in Schleswig, Stellungnahmen zu den Vorfällen an der Startbahn einen Bericht über den Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge, Artikel zu Bundeswehr und NATO und viele Kurzmeldungen. Das Einzelexemplar kostet 1,20 DM, die Anschrift lautet: NID c/O GNN-Verlag, Güntherstr.6a, 2000 Hamburg 76, T.040/22297419

DE KNIPSELKRANT ist in der BRD wieder erhältlich, nachden drei Ausgaben hintereinander abgefangen wurden. Die in völlig neuer Aufmachung erschienene Nr. 17 enthält u.a. eine Presserklärung zum Wuppertaler 129a Verfahren, einiges zum 10.Jahrestag der Morde in Stammheim, verschiedenes zu Repression und Knast, "Frontnews" u.v.a.m. De Knipselkrant, Postfach 7001, 9701 JA Groningen, Niederlande.

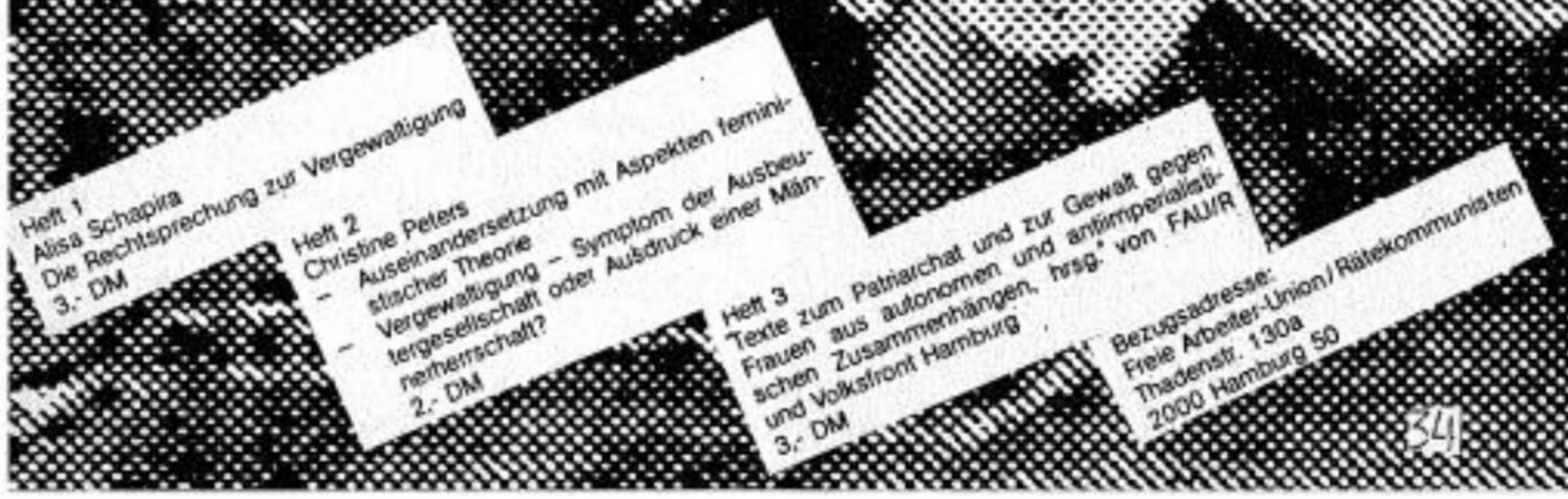
Die GEMEINSAME BEILAGE (zu den Publikationen von AAU, BWK, FAU/R, KG (NHT), PA, VSP erscheint seit nunmehr 4 Jahren. In der Nr. 3 (4.Jahrgang) befinden sich hautsächlich Beiträge zum Thema bürgerliche Demokratie, Reaktion, Faschisierung. In der jetzt erscheinenden Nr.4 geht es um den Schwerpunkt "Auseinandersetzung mit Positionen der Frauenbewegung", auch zum Thema Patriarchat dürfte da was drin sein. Das Einzelexemplar, obwohl 16 A3-Seiten stark, kostet nur 0,50 DM (zzgl. Porto). Redaktion "Beilage", c/o GNN, Güntherstr.6a, 2000 Hamburg 76, T.040/2204278.

"Die Vergessenen", Zeitung über politische Gefangene, hat eine neue Redaktion. Mit dem neuen Namen "MESCALERO" ist nun das erste Machwerk erschienen. Inhaltlich wurde das Konzept ein wenig erweitert, es befinden sich jetzt z.B. auch Bekennerbriefe etc. in dem neuen Heft. Wegen den Ermittlungsverfahren gegen die Nr.8 bittet die Redaktion auch um Spenden. MESCALERO, Mainzerlandstr.147, 6000 Frankfurt.

AKTION Nr.31 - Sondernummer Startbahnschüsse erschienen, die Sondernummer enthält eine Chronologie, Presserklärungen, Stellungnahmen und einen Pressespiegel. Die Sondernummer kostet 4.-DM und ist bei der AKTION c/o Libertäres Zentrum, Kriegkstr.38, 6000 Frankfurt erhältlich.

Im Magazin-Verlag ist ein 80-seitiger Gedichtband "Endzeittanz" von Gustav Wöhrmann erschienen. In den Gedichten geht es um aktuelle politische Themen, um den Widerstand gegen das System und um die Menschen, die im Widerstand stehen. Mit 10.-DM leider etwas teuer, trotzdem aber emfehlenswert. MAGAZIN-Verlag, Schweffelstr.6, 2300 Kiel.

In München ist eine 60-seitige Dokumentation zu Freizeit 81 erschienen. Sie enthält zwei Hefte der Freizeit 81 und verschiedene Flugblätter aus der "81'Bewegung". Ist ganz intressant für Menschen, die wissen wollen, was "damals" los war. Die Doku ist über die FREIRAUM-Postlagerkarte gegen Vorkasse zu bestellen und kostet inclusive Porto 6,- DM.



VERÖFFENTLICHUNGEN DER VOLKSFRONT

100 Jahre Daimler Benz. Kein Grund zum Feiern!
Die Broschüre ist zum Jubiläumsspektakel von Daimler-Benz verfaßt. Ihr Ziel, die Dinge in Erinnerung zu bringen, die Daimler-Benz verschwiegen haben will und die Interessen zu unterstützen, die Daimler-Benz mit Füßen tritt.
Erschienen Januar 86, 2,-DM

Kritik des NPD-Programms Teil I
Das Wirtschaftspolitische Programm der NPD
Erschienen Juli 85, 2,-DM

Kritik des NPD-Programms Teil II
Das Sozialpolitische Programm der NPD, sowie Frauen und Familienpolitik
Erschienen November 85, 1,50 DM

Materialblatt:Kritik des NPD Programms Teil III
Militärpolitik
Erschienen Dezember 85, 0,20 DM

Kritik des NPD-Programms Teil IV
Großmachtpolitik und Kriegskurs der NPD
Erschienen August 86, 2,- DM

RECHTSGUTACHTEN, Verbot der NPD und aller faschistischen Organisationen
Das Rechtsgutachten enthält zahlreiche Dokumente, eine rechtliche Würdigung von Art. des Grundgesetzes, der Kontrollratsbestimmungen, der Strafgesetze sowie der neueren Rechtsprechung zur NPD.
4. Auflage, April 86, 2,- DM

100 Jahre Daimler Benz, 100 Jahre Ausbeutung, Umweltschmutz und Aufrüstung
Die Broschüre hat andere Schwerpunkte als die Mannheimer Benz Broschüre. Z.B. Ökologie und Auto, Wirtschaftsförderung durch die Stadtverwaltung, Kämpfe der Benz-Arbeiter und Interview mit einem ehemaligen KZ-Häftling des extra für Daimler Benz eingerichteten KZ s. Mai 86, 3,- DM

Antifaschistische Nachrichten
14-tägig erscheinendes Nachrichtenheft, herausgegeben vom Zentralen Vorstand der Volksfront. Berichtet über faschistische und ausländerfeindliche Aktionen im Bundesgebiet sowie über antifaschistische Aktionen. Einzelpreis 1,20 DM

Alle Broschüren sind über die Bundesgeschäftsstelle der Volksfront zu beziehen: Zülpicher Str.7, 5000 Köln 1

K.O. BACK
Vollwertbäckerei
Kollektiv ökologische Backwaren GmbH

SCHWABING — Gundelindenstr. 1
Bäckerei + Laden
Mo-Vormittag + Do. Nachmittag ZU

HAIDHAUSEN — Hetzstr. / Ecke Kolbstr.
Stehcafé + Laden
Mo-Vormittag ZU

DIREKTVERTRIEB TEL: 365567
Montags von 17"-22"

Kegeln, Flippern, Billiard!
Vormals
im
KREITTMAYRHOF
geöffnet von 17-1 Uhr
warme Küche 18-23 Uhr
8000 München 2, Kreittmayrstr 15,
Nähe Stiglmayrplatz, Tel. 526927

euskadi - info

Info über die Situation in Euskadi und den Widerstand des baskischen Volkes; dessen Kampf für nationale und soziale Befreiung.

Bisherige Schwerpunkte:
- Autonomie?
- Lage der baskischen Flüchtlinge
- EG-Beitritt Spaniens

Euskadi-Info ist gegen Rückporto zu beziehen über:
G. Schwab
Mühlenweg 2
D-7802 Merzhausen

A/Z BIOBAU GmbH
Renovierungen
Um- und Neubauten
in biologischer Bauweise
Baubiologische Beratung
Thalkirchnerstraße 75
8000 München 2
Büro: (089) 76 80 36
30 87 744 / 50 68 92

In der Nacht vom 2. auf 3.11. wurde **Andreas Eichler/Ffm.**, wegen des Vorwurfs 2-facher Polizistenmord u.a. eingeknastet. Am Mi. bzw. Do. (26./27.11.) wurden noch **Rainer Hübner/Ffm. und Andreas Semisch/Wi.** eingeknastet (129a!). Uschi/Ffm. wurde ebenfalls festgenommen, aber wieder „entlassen"! Schreibt den dreien! Andreas Eichler, Reiner Hübner, Andreas Semisch über: Ermittlungsrichter am BGH, Herrenstr. 45a, 75 Karlsruhe. Und schiebt Kohle rüber! Konto: Ralf Stutzke, Commerzbank Ffm 90, BLZ 500 400 00, Kto. 775 84 69. Liebe und Kraft für Andreas, Reiner u. Andreas. Und alle anderen Knackis, logo.

Bunt & Billig-Druck
Eins-A-Qualitaet
☎: 912569
F. Henzler, Weichselstr 14
8000 münchen 80

HERGEHÖRT!
Lautsprecher, Mikrofone, Verstärker von Disco bis Studio. Große Auswahl – kleine Preise. Alles zum Ausprobieren, Mieten und sogar zum Kaufen.
SPONTON
Tontechnik
Neureutherstr. 18
☎ 271 83 72
Mü 40

Gleichzeitig bilden Frauen die Grundlage jeglichen Widerstandes, was nur allzuoft übersehen wird. Sie schaffen erst die Bedingungen, die in den überfüllten Slums der Townships oder den vertrockneten Homelands das Überleben sichern. Sie organisieren den Widerstand gegen Umsiedlungen und Mietpreiserhöhungen und protestieren in Form von Boykotten und Überfällen auf Großhändler gegen Wucher und Kollaboration. Sie machen die großen Streiks, wie kürzlich die der Daimler-Arbeiter und der Bergleute erst möglich, weil sie durch ihre Arbeit und ihre Organisation die ohne Streikgeld zurückkommenden Wanderarbeiter versorgen. Genauso kämpfen Frauen in den militanten Gruppen der Townships oder der Guerilla.

Diesem Kampf der Frauen gehört unsere Solidarität, nicht nur in Zeiten der tagespolitischen Aktualität. Es geht um internationale Solidarität jenseits von Konjunkturen und politischer Mode. Und es geht darum, die Multis und Konzerne, die als Teil einer weltweiten imperialistischen Ausbeutungsstruktur das rassistische Regime stützen, anzugreifen. Der ehemalige Premierminister von SA, Vorster, hat 1972 geäußert: "Jeder Kauf eines südafrikanischen Produktes ist ein neuer Baustein für die Mauer unseres Fortbestehens". Darauf antworteten kirchliche Frauengruppen, deren Verdienst es ist, seit Jahren den Boykott südafrikanischer Waren zu propagieren, daß sie nicht an dieser Mauer mitbauen wollten, da diese auf Apartheid gründe.

WIR WOLLEN DIESE MAUER ZERSTÖREN. Uns geht es nicht um halbherzige Sanktionen oder wortgewaltige Stellungnahmen. Wir wollen, daß die Waren aus den Regalen verschwinden.

Aus diesem Grund waren wir am 31.10.87 in der Weseler Niederlassung der REWE-Gruppe. REWE ist eine dieser Warenhausketten, die letztlich von der Ausbeutung der schwarzen Frauen profitiern. In über 7000 Geschäften dieser Gruppe (u.a. die Ladenketten REWE, REMA, STÜSSGEN, HL, PENNY, MINIMAL, H&P, TOOM und den HERTIE-Lebensmittelabteilungen) werden täglich Obst und Gemüse, sowie Konserven aus Südafrika verschachert. REWE verkauft nicht nur im Einzelhandel, sondern beliefert auch in großem Umfang Großverbraucher wie Kantinen, Krankenhäuser und Großküchen. Bezeichnend für den Profit aus dem Geschäft mit südafrikanischem Obst und Gemüse, welches selbst nach einem Transport über zehntausende von Kilometern und den damit verbundenen Frachtkosten hier noch "konkurrenzfähig" sein kann, ist ein Satz aus einer Konzernmitteilung 1986:

"... verzeichnen die Spezialgroßhandlungen (Obst, Gemüse, Großverbraucher) außerordentlich gute Ergebnisse."

Solidarität mit dem Befreiungskampf der schwarzen Frauen und Männer in Südafrika!

Revolutionäre Zellen

DOKUMENTATION

Demonstranten besetzten das SPD-Büro

„Schafft zwei, drei, viele Hafenstraßen"

li. **München** — **Lange sah die Polizei dem Treiben im SPD-Büro am Oberanger nicht zu. Am Donnerstag gegen 13.30 Uhr besetzte eine Handvoll Demonstranten die Landeszentrale der Genossen. „Schafft zwei, drei, viele Hafenstraßen" und „SPD-Büro besetzt" stand auf den Transparenten, die sie im Wind flattern ließen. Aus den Fenstern segelten Flugblätter auf die Schaulustigen und Passanten. Mit ihrer Aktion solidarisierten sich die Demonstranten mit den Besetzern der Hamburger Hafenstraße.**

Die SPD nahm's gelassen. Die Polizei wurde informiert, für die überraschenden Gäste gab's Kaffee. Die Einsatzhundertschaft rückte an und gegen 15 Uhr war die Demo beendet. Die Polizei räumte das Büro, dabei gab es keine Schwierigkeiten. Für die Besetzer wird's allerdings noch ein Nachspiel haben.

Schnell beendet waren die „Hamburger Verhältnisse" am Münchner Oberanger Foto: Reinhard Kurzendörfer

taz

129(a)-Verfahren eingeleitet

München (taz) — Gegen neun Frauen, die zusammen mit anderen Personen am Donnerstag letzter Woche das Münchner SPD-Büro besetzt hatten, hat die Staatsanwaltschaft mittlerweile ein Ermittlungsverfahren nach Paragraph 129(a), Werben für eine terroristische Vereinigung, eingeleitet. Die Aktion „Solidarität mit der Hafenstraße" hatte ungefähr zweieinhalb Stunden gedauert, dann riegelte eine Hundertschaft der Bereitschaftspolizei das Gelände zum Landesbüro der Sozialdemokraten ab und die 19 Besetzerinnen wurden zur Aufgabe überredet. Die neun Frauen sollen in der Haftzelle Parolen an die Wand geschmiert und die Matratzen angesengt haben. Der „Anfangsverdacht" beim Werben für eine terroristische Vereinigung wird damit begründet, daß sich unter den Schmierschriften eine RAF-Parole befunden habe.

Vollmar-Haus-Besetzerinnen besudeln Arrestzellen

SZ, 22.11.

Unseren gestrigen Bericht, wonach die Polizei zweieinhalb Stunden gebraucht habe, bis sie vor [illegible] besetzten SPD-Landesbüro